

Hans Rattinger

Parteieneigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1992

1. Einleitung

Nach der Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 ist die Frage von höchster Bedeutung, wie sich in Ostdeutschland - im Vergleich zu Westdeutschland - die Einstellungen der Bevölkerung zu dem neuen politischen System entwickeln, zur Demokratie und zu den intermediären Instanzen der Interessenvermittlung, besonders den politischen Parteien. Dieser Aufsatz versucht, einen Beitrag zur Aufhellung eines Teils dieser Frage zu leisten, indem die Einstellungen zu den Parteien in Deutschland seit der Vereinigung untersucht werden. Insbesondere geht es uns darum, ob in den neuen Bundesländern das in der internationalen Wahlsoziologie bestens bewährte Konzept der "Parteiidentifikation" (synonym sprechen wir von "Parteieneigungen") bereits sinnvollerweise angewandt werden kann. Dies klingt wie eine sehr einfache und eingeschränkte Problemstellung. Dies ist jedoch mitnichten der Fall, denn der Begriff der "Parteiidentifikation" ist Bestandteil eines viel umfassenderen theoretischen Gebäudes (CAMPBELL 1960), so daß die Frage seiner Übertragbarkeit auf Ostdeutschland nur im Rahmen dieses Gesamtansatzes (also durch Vergleich der relativen Stärke der politischen Effekte von Parteibindungen in beiden Landesteilen) beantwortet werden kann.

Zur Frage der derzeitigen Anwendbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation in den neuen Bundesländern ist in der Literatur bereits eine Extremposition bezogen worden. ROTH (1990) argumentiert, längerfristig angelegte Parteieneigungen könnten dort noch nicht vorhanden sein, weil das westdeutsche Parteiensystem erst nach der Wende "importiert" worden sei. Daraus folgert er, das Wahlverhalten bei der Volkskammerwahl vom Frühjahr 1990 sei notwendigerweise allein durch Sachfragenorientierungen bestimmt gewesen. Damit habe es sich um den klassischen Fall "rationaler", nur an Sachfragen orientierter Wahlentscheidungen gehandelt. Die Volkskammerwahl sei vor allem ein Referendum über die Vereinigung gewesen. Die extreme Gegenpo-

sition, daß es in Ostdeutschland durchaus auch schon vor der Wende relativ stabile Parteineigungen (z.T. natürlich zu Westparteien) gegeben habe, wurde so in der Literatur nicht bezogen, aber von der Interpretation ROTHs abweichende Befunde wurden berichtet. So stellte etwa GIBOWSKI (1990) fest, daß die Volkskammerwahl bei Zusammenfassung der jeweils "rechten" und "linken" Parteien ein Wahlergebnis erbracht hat, das in der Gesamtverteilung der Gewichte zwischen diesen beiden Blöcken ganz nahe an den Verhältnissen in Westdeutschland lag, so daß bereits damals ein einheitliches, "vereinigtes" Elektorat festgestellt werden konnte. Differenzierter und aufschlußreicher sind die Ergebnisse von BLUCK und KREIKENBOM (1991) aufgrund ihrer insgesamt vier Befragungen in Jena anlässlich der verschiedenen Wahlen des Jahres 1990 (zwei vor und zwei nach der Vereinigung). Sie ermittelten, daß ihre Probanden geringe Probleme hatten, eine Identifikation mit Westparteien zum Ausdruck zu bringen und sprechen deshalb von "Vor-Wende-Orientierungen" an Parteien der alten Bundesrepublik und stellen hohe Anteile solcher Parteineigungen fest.

Auch in diesem Beitrag soll keine der These von ROTH entgegengesetzte Extremposition bezogen werden, sein Argument erscheint aber weit überspitzt. Erstens folgt, auch wenn es zutrifft, daß die Volkskammerwahl fast ausschließlich ein Referendum über die Vereinigung gewesen ist, daraus keineswegs, Identifikationen mit Westparteien könne es damals in der Noch-DDR nicht gegeben haben. Vielmehr ist beides gut miteinander vereinbar. Die Volkskammerwahl mag sehr wohl ein solches Referendum gewesen sein - aber gleichzeitig können viele Ostdeutsche bereits längerfristige Neigungen zu Westparteien gehabt haben. Allerdings spiegelte ihr Wahlverhalten dann nicht diese Identifikationen wider, sondern ihre Orientierung gegenüber der deutschen Vereinigung und ihrem Tempo. Sachfragenorientierung hätte dann also bei denjenigen Bürgern mit einer derartigen Identifikation die letztere bei Festlegung der Wahlentscheidung überlagert. Zweitens gibt es gute Gründe für die Vermutung von BLUCK und KREIKENBOM, daß die Bürger der DDR sich zumindest zum Teil bereits vor der Wende an Parteien der alten Bundesrepublik orientierten und beständige Einstellungen zu ihnen entwickelten. Schließlich lebten viele von ihnen mit einem permanenten Informationsfluß über die westdeutsche Parteipolitik, die z.T. auch unmittelbare Konsequenzen für sie selbst hatte. Man kann sogar aus der Haltung der westdeutschen Parteien zur deutschen Teilung bzw. Einheit eine klare Ableitbarkeit von Identifikationen mit Westparteien konstruieren. Wer im Sinne des "DDR-Bewußtseins" einen Fortbestand der Teilung und Abgrenzung wünschte, hatte als

Identifikationspartei nur die damalige SED zur Verfügung. Wer realistisch von weiterem Fortbestand der Teilung ausging, sie aber wesentlich erträglicher gemacht sehen wollte, dem bot sich als Identifikationspartei spätestens seit der sozialliberalen Koalition im Westen die SPD (und zum Teil auch die FDP) an. Wer schließlich an der Überwindung der deutschen Teilung als langfristigen Ziel festhielt, für den stand als Identifikationspartei die westdeutsche CDU oder die CSU bereit. Daß die Bürger der damaligen DDR bei Wahlen in Westdeutschland unter dem Aspekt, was der Wahlausgang für sie selbst bedeuten würde, häufig gewissermaßen in Gedanken "mitstimmten", ist eine von DDR-Reisenden vor der Wende häufig berichtete Beobachtung, die diese Überlegungen unterstützt.

In dieser Argumentation wird die Parteeigung gewissermaßen aus der Haltung zu einer politischen Sachfrage (Einheit oder Teilung) abgeleitet. Für die Anwendbarkeit des Begriffs ist das weitgehend unerheblich. Zwar spricht das ursprüngliche Konzept vom Erwerb der Parteeidentifikation im Rahmen der politischen Sozialisation, aber bereits für die "alte" Bundesrepublik mußte man - zumindest für eine lange Übergangszeit - auch andere Ableitungen zulassen, etwa aus sozialstrukturellen Bezügen, sozialen Gruppenzugehörigkeiten usw. (FALTER 1977). Bei der Frage nach Fortbestand bzw. Auflösung der DDR handelte es sich sicherlich für diese Gesellschaft um eine zentrale (wenn auch dort nicht offen thematisierbare) Konfliktlinie, an der sich möglicherweise dauerhaftere Einstellungen zu Parteien in Ost- und Westdeutschland formieren konnten. Schließlich ist man auch in den Vereinigten Staaten selbst längst von einer rein unidirektionalen Auffassung des Verhältnisses zwischen Parteeidentifikationen und Einstellungen zu Sachthemen abgekommen. Die rückkoppelnde Verstärkung oder Abschwächung von Parteeidentifikationen durch Sachthemenorientierungen ist eine theoretisch erkannte und empirisch untersuchte Erweiterung des ursprünglichen Ansatzes (z.B. NIEMI 1991).

Bei einer sorgsameren Rekonstruktion des Arguments von ROTH wird man sicher von einer klaren Dichotomie zwischen An- bzw. Abwesenheit von Parteeigungen in West- bzw. Ostdeutschland abgehen wollen, sondern vielmehr im Vergleich ein "mehr oder weniger" erwarten: Verbreitete und stärkere Parteeidentifikationen und deutlichere Effekte auf die Wahlentscheidung in Westdeutschland, geringere Effekte seltener vorhandener Parteeigungen auf das Wahlverhalten in Ostdeutschland, dafür aber stärkere Auswirkungen der Sachfragenorientierungen. Eine weitere Unbekannte

in einer solchen Rekonstruktion sind die Orientierungen gegenüber den Kandidaten, die ROTH in seiner Argumentation gar nicht erwähnt. Es könnte ja sein, daß mit dem möglicherweise geringeren Einfluß von Parteieigungen in Ostdeutschland ein viel stärkerer Effekt der Kandidatenorientierungen auf das Wahlverhalten einhergeht.

Eine solcherart gegenüber dem einfachen Schwarz-Weiß-Schema modifizierte Fragestellung untersucht dieser Aufsatz. Nach Darstellung der Datenbasis wird zunächst der Frage nachgegangen, in welchem Umfang bereits in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland Parteiidentifikationen vorhanden sind und wie sie sich zwischen beiden Landesteilen (noch) unterscheiden, ferner wie stabil diese Orientierungen sind. Im nächsten Schritt wird eine zentrale Voraussetzung für eine in Ostdeutschland stärkere Orientierung an politischen Sachfragen überprüft, nämlich die Verbreitung eigener Meinungen zu Positionssachfragen und von Perzeptionen der Positionen der politischen Parteien dazu und die persönliche Wichtigkeit solcher Themen. Positionssachfragen werden (statt wahrgenommener Problemlösungskompetenzen für Valenzissues) in die Analyse einbezogen, weil die Orientierung an derartigen Sachthemen am klarsten und weitestgehenden den "rationalen Wähler" charakterisiert. Bis hierhin untersucht dieser Beitrag eine elementare Voraussetzung für die Determinierung der Wahlentscheidung eher durch Parteieigungen oder eher durch Sachfragenorientierungen, nämlich das Ausmaß ihres Vorhandenseins in alten und neuen Bundesländern. Danach wird im Rahmen eines komplexen Kausalmodells die Stärke des Einflusses von Parteiidentifikationen und Sachfragenorientierungen auf die aktuelle Sympathie gegenüber den politischen Parteien zwischen Ost und West verglichen. Zusätzlich werden als Erklärungsvariablen ideologische Grundorientierungen und Kandidatenbewertungen einbezogen. Da es sich bei der Datenbasis um eine Wiederholungsbefragung handelt, können diese Kausalanalysen sowohl im Querschnitt wie im Längsschnitt durchgeführt werden. Als abhängige Variablen dienen dabei durchgängig die Sympathieeinstufungen der Parteien (Skalometer) - und zwar aus zwei Gründen: Erstens stand in allen Erhebungszeitpunkten eine Bundestagswahl konkret nicht an, so daß Wahlabsichten möglicherweise durch aktuelle Stimmungen verzerrt sind. Zweitens entsprechen die quasi-metrischen Sympathiebewertungen der Parteien besser dem Meßniveau der meisten Erklärungsvariablen als die kategoriale Wahlabsicht. Wegen der starken Zusammenhänge zwischen Wahlabsichten und Parteiensympathien erscheint es sinnvoll, die letzteren gewissermaßen als Messung der Wahrscheinlichkeit

einer Stimmabgabe für die einzelnen Parteien aufzufassen und als abhängige Variablen zu verwenden.

2. Daten und Operationalisierung

Die Daten für diese Untersuchung stammen aus einer Wiederholungsbefragung, deren Verlauf das rasche Tempo der deutschen Vereinigung widerspiegelt. Im Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsprojekts "Modelle des Wählerverhaltens", das der Verfasser zusammen mit J. W. FALTER von der Universität Mainz durchführt, wurde diese dreiwellige Befragung im Laufe des Jahres 1989 konzipiert - zunächst natürlich nur für Westdeutschland. Nach Durchführung der ersten Erhebungswelle im Mai 1990 mit etwas über 2000 Befragten wurde beschlossen, angesichts der bevorstehenden Vereinigung die zweite und dritte Welle auf die neuen Bundesländer auszudehnen. Um den Kostenrahmen konstant zu halten, mußte deshalb die westdeutsche Teilstichprobe verkleinert werden. Im Mai 1991 wurden 932 Bundesbürger in den alten Bundesländern zum zweiten Mal und 606 in den neuen Ländern zum ersten Mal befragt. In der dritten bzw. zweiten Welle im Mai 1992 wurden 716 bzw. 325 Interviews realisiert.

Die in diese Untersuchung einbezogenen Variablen wurden wie folgt erhoben und operationalisiert: Parteiidentifikation und ihre Stärke wurden mit den in Westdeutschland inzwischen zum Standard avancierten Fragen erhoben (BERGER 1973, 1977). Zusätzlich wurde in unserer Untersuchung gefragt, wie lange die angegebene Parteieneigung bereits besteht. Ideologische Grundorientierungen wurden über die Selbstplatzierung auf einem elfstufigen Links-Rechts-Kontinuum gemessen. Einstellungen zu umstrittenen politischen Sachfragen wurden wie folgt erfaßt: Den Befragten wurden zwischen fünf und sieben derartige Themen nebst siebenstufigen Skalen vorgelegt, auf denen sie ihre eigene Haltung dazu sowie die von ihnen wahrgenommenen Positionen der einzelnen Parteien angeben sollten. Ferner wurde nach der persönlichen Wichtigkeit dieser Probleme gefragt. Aus den Einzeldistanzen zu den einzelnen Parteien auf den verschiedenen Themen wurde für jeden Befragten die Gesamtdistanz zu jeder Partei als euklidische Distanz berechnet (Wurzel aus der Summe der quadrierten Distanzen auf den einzelnen Themen). Fehlende Werte für eigene Positionen bzw. den Parteien zugeschriebene Positionen wurden vorher durch (für Ost- und West-

deutschland getrennte) Mittelwertsubstitution beseitigt, da ansonsten ein einziger fehlender Wert eine fehlende euklidische Gesamtdistanz produziert hätte. Auf den Einzelskalen waren von dieser Mittelwertsubstitution jeweils nur sehr wenige Fälle betroffen. Die einbezogenen Sachthemen sind im Wortlaut der Fragen und Skalenvorgaben in der Anmerkung zu Tabelle 4 aufgeführt. Zu erwähnen ist hier ferner, daß die vorgelegten politischen Streitfragen sich zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten zum Teil unterschieden, weil von gleichartiger bzw. konstanter Relevanz für die Befragten nicht ausgegangen werden konnte.

Zur Beurteilung von Parteien und ihren Politikern wurden Sympathieskalometer mit elf Punkten von -5 (halte gar nichts von ...) bis +5 (halte sehr viel von ...) vorgelegt. Für Befragte aus Bayern wurde bei allen nachfolgenden Analysen der Skalometerwert für die CDU durch denjenigen für die CSU substituiert. Wie bei den Sachfragen wurden auch bei den Kandidaten nicht in allen Wellen und in Ost- und Westdeutschland völlig einheitliche Listen von Personen abgefragt. Bei den Grünen wird die Vergleichbarkeit zwischen Zeitpunkten und beiden Landesteilen ferner dadurch beeinträchtigt, daß 1991 die Sympathie gegenüber Politikern dieser Partei nur in Westdeutschland erhoben wurde und 1992 weder im Osten noch im Westen (vgl. Anmerkung zu Tabelle 4). Schließlich ist noch zu erwähnen, daß Analysen der Bewertung der PDS für Westdeutschland nicht vorgelegt werden können. Zwar wurden auch dort ab 1991 Sympathieeinstufungen von Gysi und seiner Partei erfragt, die Wahrnehmung ihrer Haltung zu den verschiedenen Streitfragen wurde aber nicht erhoben, weil sie sicherlich zu vielen Befragten in Westdeutschland einfach nicht bekannt gewesen wäre.

3. Parteineigungen, ihre Stärke und Dauerhaftigkeit in Ost und Westdeutschland

In diesem und im folgenden Abschnitt beschäftigen wir uns zunächst mit der Frage, inwiefern in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland bestimmte grundlegende Kriterien erfüllt sind, damit auch in den neuen Bundesländern das Konzept der Parteiidentifikation sinnvollerweise angewandt werden kann. In der Literatur sind über die Jahrzehnte seit seiner ursprünglichen Einführung hinweg zahlreiche

Kriterien für eine Anwendbarkeit entwickelt worden (BERGER 1973, 1977; FALTER 1977; GLUCHOWSKI 1978, 1983; NORPOTH 1978). Zunächst einmal muß ganz elementar ein "genügend hoher" Anteil der Bevölkerung bei der Frage nach der Parteieneigung eine solche angeben, wobei unklar ist, ob es dafür eine präzise numerische Untergrenze gibt, denn das Konzept der Parteiidentifikation kennt ja auch die "Unabhängigen". Individuelle Parteiidentifikationen sollten über die Zeit hinweg ein relativ hohes Ausmaß an Stabilität aufweisen, wobei zu erwarten ist, daß solche mit größerer Stärke stabiler sein werden als schwächere und seit längerer Zeit bestehende stabiler als solche, die erst seit kürzerer Zeit vorliegen. Der Anteil der Befragten mit Parteieneigungen sollte mit dem Lebensalter eher zunehmen. Die Parteiidentifikation sollte ein erhebliches Ausmaß von Prägekraft auf die Wahlabsichten und andere politische Attitüden ausüben, allerdings muß sie auch empirisch von der jeweils aktuellen Wahlabsicht verschieden sein können, weil die beiden Konzepte sonst zusammenfallen würden. Die Stabilität der Parteieneigungen sollte über die Zeit hinweg höher sein als diejenige der Wahlabsichten, weil letztere kurzfristige politische Präferenzen erfassen, erstere länger anhaltende Einstellungen zu den Parteien. Schließlich sollte die Parteiidentifikation um so stärker auf die Wahlabsicht und andere politische Einstellungen durchschlagen je stärker, stabiler und "älter" sie ist.

Nach dem allerersten Kriterium hat man aufgrund unserer Umfragen wenig Probleme, auch für Ostdeutschland von einer weiten Verbreitung von Parteieneigungen zu sprechen (Tabelle 1). Zwar gaben dort sowohl 1991 wie 1992 auf die Standardfrage signifikant weniger Befragte eine solche an als in Westdeutschland (jeweils um ca. sieben Prozentpunkte weniger), aber verglichen mit der Phase, als in den sechziger Jahren noch in Westdeutschland über die Anwendbarkeit des Konzepts diskutiert wurde, liegen die Anteile der Identifizierer in Ostdeutschland in einer sehr beachtlichen Größenordnung. Auch nach der Stärke der Identifikation sind die Ergebnisse zwischen beiden Landesteilen sehr vergleichbar, wobei sich in unseren Umfragen eine gegenläufige Tendenz zeigt: Der Anteil der Probanden mit sehr starker oder ziemlich starker Identifikation nahm in Westdeutschland von 57 Prozent im Jahre 1990 über 52 auf 47 Prozent im Jahre 1992 ab, in Ostdeutschland stieg dieser Anteil zwischen 1991 und 1992 von 48 auf 53 Prozent derjenigen mit einer Parteieneigung an. 1991 waren die Angaben zur Stärke der Identifikation in Ostdeutschland noch signifikant niedriger als im Westen, 1992 bestand kein signifikanter Unterschied mehr, vielmehr wurden im Osten eher stärkere Identifikationen berichtet als in Westdeutschland.

Ein erster deutlicher Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern zeigt sich bei der Frage nach der *Dauer* der Parteieignung, seit wann sie also besteht. In Westdeutschland antworteten auf diese Frage stets um 90 Prozent der Identifizierer, diese Neigung zu der genannten Partei bestehe bereits mindestens "seit vielen Jahren". In Ostdeutschland gaben dies 1991 nur 35 Prozent der Identifizierer an, bereits 1992 hatte dieser Anteil aber auf 71 Prozent zugenommen. Dieser Befund sagt uns wahrscheinlich mindestens ebensoviel über das subjektive Zeitempfinden der Befragten wie über den tatsächlichen Zeitpunkt des "Erwerbs" der Parteieignung. Bei unserer ersten Befragung in Ostdeutschland lag die Wende rund eineinhalb Jahre zurück, bei der Wiederholungsbefragung waren es etwa zweieinhalb Jahre. Das Verstreichen dieses einen Jahres brachte mehr als ein Drittel unserer zweifach in Ostdeutschland befragten Personen dazu, ihre Parteieignung nun nicht mehr als nur seit einigen Monaten bestehend zu betrachten, sondern eben als seit "vielen Jahren".

Die Richtung dieser Entwicklung ist höchst plausibel, allerdings ist davon auszugehen, daß das "Alter" der ostdeutschen Parteiidentifikationen durch unsere spezifische Frageformulierung überschätzt wird. Unsere Antwortvorgaben ohne Zwischenstufe zwischen "seit vielen Jahren" und "seit einigen Monaten" wurden für die westdeutsche Erstbefragung 1990 entwickelt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde die Frage nach der Dauer der Identifikation auch 1991 und 1992 in unveränderter Form gestellt. In einer im Rahmen eines anderen DFG-Projekts im Juni und Juli 1992 durchgeführten Erhebung des Verfassers wurde zwischen diese beiden Antwortvorgaben die Kategorie "seit ein paar Jahren" eingeschoben. Bei dieser Abstufung ergaben sich auch Mitte 1992 noch sehr deutliche Unterschiede zwischen beiden Landesteilen. In Westdeutschland gaben 70 Prozent mindestens "seit vielen Jahren" an, in Ostdeutschland nur 21. Die Vorgabe "seit ein paar Jahren" wählten 24 Prozent der westdeutschen, aber 60 Prozent der ostdeutschen Identifizierer. "Seit einigen Monaten" sagten in Westdeutschland sechs und in Ostdeutschland 19 Prozent der Identifizierer.

Tabelle 1: Parteiidentifikation, ihre Stärke und Dauer in Ost- und Westdeutschland im Frühjahr 1990, 1991 und 1992

	West			Ost	
	1990	1991	1992	1991	1992
% mit Angabe einer Parteiidentifikation	76,9	79,6	78,5	72,6	71,1
Signifikanz der Differenzen Ost-West/t-(t-1)	-/-	b/a	b/ns	b/-	b/ns
% derjenigen mit Angabe einer Parteiidentifikation:					
sehr stark	13,5	11,2	11,4	10,5	15,2
ziemlich stark	43,5	40,6	35,9	37,3	38,1
mittelmäßig	38,5	42,7	47,3	39,5	44,6
ziemlich schwach	3,8	4,7	4,6	0,9	2,2
sehr schwach	0,3	0,5	0,5	0,5	0,0
keine Angabe zur Stärke der Parteiidentifikation	0,5	0,3	0,2	11,3	0,0
Signifikanz der Differenzen Ost-West/t-(t-1)	-/-	c/ns	ns/ns	c/-	ns/c
% derjenigen mit Angabe einer Parteiidentifikation:					
seitdem erinnerbar	26,5	22,8	21,4	8,9	13,0
seit vielen Jahren	62,6	69,4	72,4	25,9	58,4
seit einigen Monate	10,0	6,9	5,3	51,4	27,3
seit ein paar Tagen oder Wochen	0,4	0,4	0,2	2,0	0,9
keine Angabe zur Dauer der Parteiidentifikation	0,5	0,5	0,7	11,8	0,4
Signifikanz der Differenzen Ost-West/t-(t-1)	-/-	c/a	c/ns	c/-	c/c
% derjenigen mit sehr starker Parteiidentifikation:					
seitdem erinnerbar	60,0	50,6	51,6	23,9	14,3
seit vielen Jahren	37,1	44,6	43,8	45,7	77,1
andere Angaben zur Dauer der Parteiidentifikation	2,9	4,8	4,7	30,4	8,6
Signifikanz der Differenzen Ost-West/t-(t-1)	-/-	c/ns	b/ns	c/-	b/a
% derjenigen mit ziemlich starker Parteiidentifikation:					
seitdem erinnerbar	26,4	28,2	24,8	11,6	13,6
seit vielen Jahren	66,3	67,1	71,3	32,3	59,1
andere Angaben zur Dauer der Parteiidentifikation	7,3	4,7	4,0	56,1	27,3
Signifikanz der Differenzen Ost-West/t-(t-1)	-/-	c/ns	c/ns	c/-	c/c
% derjenigen mit mittelmäßig starker Parteiidentifikation:					
seitdem erinnerbar	15,1	12,0	11,2	5,2	11,7
seit vielen Jahren	69,0	80,1	81,0	21,8	52,4
andere Angaben zur Dauer der Parteiidentifikation	15,9	7,9	7,8	73,0	35,9
Signifikanz der Differenzen Ost-West/t-(t-1)	-/-	c/b	c/ns	c/-	c/c
% derjenigen mit ziemlich oder sehr schwacher Parteiidentifikation:					
seitdem erinnerbar	24,6	9,8	24,1	0,0	20,0
seit vielen Jahren	50,8	53,7	65,5	3,6	40,0
andere Angaben zur Dauer der Parteiidentifikation	24,6	36,6	10,3	96,4	40,0
Signifikanz der Differenzen Ost-West/t-(t-1)	-/-	c/ns	ns/ns	c/-	ns/c
N	2007	932	716	606	325

West: Alte zehn Länder und West-Berlin; Ost: Fünf neue Länder und Ost-Berlin

Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$; ns: nicht signifikant; -/: nicht verfügbar

Die Unterschiede zwischen 1991 und 1992 in den ostdeutschen Angaben zum "Alter" der Parteineigung sind umso stärker je schwächer die Identifikation ist. Von den dortigen sehr starken Identifizierern sagten auch schon 1991 70 Prozent, sie neigten dieser Partei schon mindestens seit vielen Jahren zu, 1992 waren es 91 Prozent. In den Gruppen mit ziemlich starker oder einer schwächeren Identifikation betrug der Anstieg der Antwort "seit vielen Jahren" oder länger stets 30 Prozentpunkte und mehr. Der auch 1992 noch fortbestehende Unterschied zwischen beiden Landesteilen im "Alter" der Parteiidentifikationen ist vor allem bei Probanden mit schwächeren Parteineigungen anzutreffen. In Westdeutschland geben von den sehr starken Identifizierern immer 95 Prozent und mehr an, der jeweiligen Partei mindestens seit vielen Jahren zuzuneigen, in Ostdeutschland waren es 1992 mit 91 Prozent fast ebenso viele. Bei allen übrigen Angaben zur Stärke der Identifikation betrug die Ost-West-Differenz dieser Angabe zur Dauer der Parteineigung auch 1992 noch stets über 20 Prozentpunkte.

Nach der Literatur sollte der Anteil der Personen mit einer Parteineigung mit dem Lebensalter zunehmen, weil einerseits während des Lebenszyklus laufend Beobachtungen der parteipolitischen Landschaft und systematisch höherer Übereinstimmung mit einer bestimmten Partei gemacht werden und weil andererseits "Wahlerfahrungen" (GLUCHOWSKI 1983) gesammelt werden. Für die Bürger der neuen Bundesländer trifft natürlich das letztere Argument der Wahlerfahrung nicht ganz zu, wohl aber das erstere. In Tabelle 2 sieht man, daß der Anteil der Personen mit Parteineigung in beiden Landesteilen in der Tat wie erwartet mit dem Lebensalter zunimmt. In Ostdeutschland haben wir zwar insgesamt ein niedrigeres Niveau, aber eine gleiche Spanne des Anstieges des Anteils der Identifizierer mit dem Alter. In beiden Landesteilen liegt der Anteil der Identifizierer bei den über fünfzigjährigen um rund 14 Prozentpunkte höher als bei den Befragten zwischen 18 und 30 Jahren. Bei aller Vorsicht kann dies als Evidenz für das Vorliegen von Neigungen zu den westdeutschen Parteien in Ostdeutschland bereits vor der Wende betrachtet werden, denn die deutsche Vereinigung vollzog sich ja für alle Bürger Ostdeutschlands gleichzeitig. Wenn die älteren dennoch häufiger einer Partei der alten Bundesrepublik zuneigen als die jüngeren, kann das wohl nur mit längerem "Erlernen" dieser Parteineigung zu tun haben, also auch schon vor der Wende.

Tabelle 2: Parteiidentifikation in Ost- und Westdeutschland im Frühjahr 1990, 1991 und 1992 nach dem Alter

		Alter				
		18-30	31-50	51 und älter	gesamt	
% mit Angabe einer Parteiidentifikation	West	1990	68,7	77,5	83,8	76,9
		1991	73,2	78,4	86,7	79,6
	Ost	1992	70,3	78,5	83,8	78,5
		1991	60,8	76,1	76,4	72,6
	Signifikanz der Ost-West Differenz (T-Test)	1991	a	ns	b	b
		1992	ns	a	ns	b
Mittlere Stärke der Parteiidentifikation auf einer Skala 0 bis 3 (0=ziemlich oder sehr schwach, 1 =mittelmäÙig, 2=ziemlich stark, 3 =sehr stark)	West	1990	1,55	1,65	1,77	1,66
		1991	1,50	1,52	1,69	1,57
	Ost	1992	1,42	1,52	1,61	1,53
		1991	1,34	1,53	1,42	1,45
	Signifikanz der Ost-West Differenz (T-Test)	1991	ns	ns	b	a
		1992	ns	ns	ns	a
Mittlere Dauer der Parteiidentifikation auf einer Skala 0 bis 2 (0=seit Wochen oder Monaten, keine Antwort, 1 =seit vielen Jahren, 2 =seit erinnerbar)	West	1990	0,97	1,11	1,36	1,16
		1991	0,97	1,13	1,29	1,15
	Ost	1992	1,04	1,11	1,26	1,15
		1991	0,37	0,39	0,52	0,44
	Signifikanz der Ost-West Differenz (T-Test)	1991	c	c	c	c
		1992	c	c	c	c
% derjenigen mit Parteiidentifikation, bei denen Wahlabsicht =Parteiidentifikation	West	1990	86,7	86,3	89,3	87,3
		1991	87,4	89,5	89,8	89,1
	Ost	1992	87,1	89,7	85,4	87,5
		1991	78,2	75,4	81,5	78,2
	Signifikanz der Ost-West Differenz (T-Test)	1992	75,7	74,5	78,1	76,2
		1991	c	c	b	c
	1992	ns	c	ns	c	

Signifikanzniveaus: Wie in Tabelle 1

In Westdeutschland trifft die Erwartung, daß mit dem Lebensalter auch die Stärke und die angegebene Dauer der Parteieneigungen zunehmen sollten, weitgehend zu, aber in Ostdeutschland ist dies weit weniger der Fall. Bei der Stärke der Identifikation ist der erwartete Anstieg von der jüngsten zur mittleren Altersgruppe noch zu verzeichnen, die über fünfzigjährigen haben aber eher schwächere Parteieneigungen. Gleichzeitig hat aber nur diese Gruppe deutlich "ältere" Parteieneigungen, während unter 50 Jahren keine Unterschiede feststellbar sind. Die in Westdeutschland normalen

Prozesse der Verstärkung und Stabilisierung von Parteineigungen mit zunehmendem Lebensalter sind in Ostdeutschland also noch nicht analog beobachtbar.

Der untere Teil der Tabelle 2 demonstriert die Prägekraft der Parteineigungen für aktuelle Wahlabsichten. Deutliche Unterschiede nach dem Lebensalter sind dabei weder in Ost- noch in Westdeutschland erkennbar. Auch in den alten Bundesländern gilt nicht, daß die tendenziell stärkeren und bereits seit längerer Zeit bestehenden Identifikationen der älteren Befragten stärker auf ihre Wahlabsichten durchschlagen als diejenigen der jüngeren Probanden. Wohl aber unterscheiden sich in dieser Hinsicht die Parteineigungen *aller* Altersgruppen zwischen alten und neuen Bundesländern. Im Westen haben knapp 90 Prozent der Personen mit einer Parteidentifikation eine damit übereinstimmende Wahlabsicht, in Ostdeutschland liegt diese "Haltequote" bei knapp 80 Prozent - oder anders ausgedrückt: Die "Abfallwahrscheinlichkeit" von der Parteineigung liegt in unseren Umfragen in Ostdeutschland um rund zehn Prozentpunkte höher als in Westdeutschland.

Zusammenfassen kann man die bisherigen Befunde wie folgt: Der Anteil der Personen mit einer Parteineigung lag in den neuen Bundesländern in den ersten beiden Jahren nach der Vereinigung noch etwas niedriger als im alten Bundesgebiet, wobei der Anteil der Identifizierer parallel zum Lebensalter *zunimmt*. Bei den Identifizierern ist kein Ost-West-Unterschied in der Stärke der Parteineigung erkennbar, wohl aber in deren "Alter" (bei einer kräftigen Tendenz zur Schließung der Lücke) und in der Stärke ihres Durchschlagens auf die aktuelle Wahlabsicht. Schließlich ist der Anstieg von Stärke und Dauer der Parteineigungen mit dem Alter, der in Westdeutschland gegeben ist, in Ostdeutschland (noch) nicht erkennbar.

4. Stabilität von Parteineigungen

Wenn man als Hauptunterschied zwischen den Parteineigungen in den alten und neuen Bundesländern ermittelt, daß sie im Osten ein geringeres "Alter" aufweisen, dann ist auch zu erwarten, daß sie weniger stabil sind. Die gleiche Erwartung ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Beziehungen zwischen sozialen Konfliktlinien und Parteipräferenzen in Ostdeutschland noch viel diffuser sind als im Westen (so lag etwa der Unionsanteil bei Arbeitern bei den Wahlen des Jahres 1990 in Ostdeutschland weit

über den jemals in der alten Bundesrepublik erzielten Werten; vgl. GIBOWSKI 1990, 1991). Die Parteienlandschaft in Ostdeutschland und ihre soziale Basis müssen sich erst noch "zurechtschütteln" - und das bedingt natürlich ein höheres Ausmaß von Instabilität individueller Parteieneigungen. Aus Tabelle 3 geht hervor, daß eine solche in der Tat zu beobachten ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Befragter mit einer Parteieneigung im Jahre 1991 auch ein Jahr später eine solche angab, war in Ostdeutschland etwas niedriger als in Westdeutschland, dieser Unterschied ist aber statistisch nicht signifikant. Ebenso verhält es sich bei der Wahlabsicht. Daß ein Jahr später auch noch die gleiche Identifikation bzw. Wahlabsicht angegeben wurde, war aber in Ostdeutschland signifikant unwahrscheinlicher. Von den Befragten mit einer Parteieneigung im Jahre 1991 machten 1992 in Ostdeutschland nur 58 Prozent dieselbe Angabe, im Westen waren es 74 Prozent; für die Wahlabsicht sind die entsprechenden Zahlen 63 bzw. 73 Prozent.

Viele derartige Wechsel erfolgen selbstverständlich dergestalt, daß Befragte mit Angabe einer Parteieneigung bzw. Wahlabsicht bei der ersten Befragung dazu bei der zweiten Erhebung keine Angabe machen (Verweigerung, Nichtwahl, Neigung zu keiner Partei). Deshalb müssen wir uns auch die Stabilität bei denjenigen ansehen, die sowohl 1991 wie 1992 eine Partei auf die Fragen nach der Identifikation bzw. der Wahlabsicht nennen. Bei beiden Variablen ist die Differenz zwischen den beiden Landesteilen signifikant, und im Osten ist niedrigere Stabilität feststellbar. Bei beiden Fragen machen in Ostdeutschland ca. 72 Prozent derjenigen mit Nennung einer Partei in beiden Zeitpunkten beide Male dieselbe Angabe, während in Westdeutschland die Stabilität der Parteieneigung (wie vom theoretischen Konzept gefordert) deutlich höher liegt als diejenige der Wahlabsicht (85 und mehr gegenüber 79 Prozent). Immer noch wird hier aber die Stabilität von Wahlabsicht und Parteieneigung in unterschiedlichen Teilstichproben verglichen, denn diejenigen, die auf die Frage nach der Wahlabsicht in beiden Wellen eine Partei nennen, sind nicht identisch mit denjenigen, die das in beiden Wellen bei der Frage nach der Parteieneigung tun. Deshalb wird im fünften Segment der Tabelle 3 nur für diejenigen Befragten verglichen, die sowohl 1991 wie 1992 sowohl die Neigung zu einer bestimmten Partei wie auch eine konkrete Wahlabsicht angeben. Bei Vergleich dieser Teilstichproben ist die Parteieneigung in Westdeutschland wiederum stabiler als die Wahlabsicht, im Osten ist es leicht umgekehrt.

Tabelle 3: Stabilität von Parteidentifikation und Wahlabsicht in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1992

	West		Ost
	1990/1991	1991/1992	1991/1992
% derjenigen mit PID in t_1 , die auch in t_2 PID angeben	87,5	85,8 ^{ns}	80,5
% derjenigen mit PID in t_1 , die in t_2 gleiche PID angeben	74,7	74,1 ^c	58,1
N	711	486	246
% derjenigen mit Wahlabsicht in t_1 , die auch in t_2 Wahlabsicht angeben	91,7	91,5 ^{ns}	88,0
% derjenigen mit Wahlabsicht in t_1 , die in t_2 gleiche Wahlabsicht angeben	72,5	72,7 ^b	63,3
N	853	528	275
% derjenigen mit PID in t_1 und t_2 , bei denen PID stabil ist	85,4	86,3 ^c	72,2
N	622	417	198
% derjenigen mit Wahlabsicht in t_1 und t_2 , bei denen Wahlabsicht stabil ist	79,0	79,5 ^a	71,9
N	782	483	242
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in t_1 und t_2 , bei denen: PID stabil	86,3	87,2 ^b	76,0
Wahlabsicht stabil	81,9	84,5 ^{ns}	79,6
PID und Wahlabsicht stabil	80,0	81,9 ^b	70,1
N	585	75	167
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in t_1 und t_2 und mit schwacher oder kurzfristiger PID in t_1 , bei denen: PID stabil	83,8	84,9 ^c	68,4
Wahlabsicht stabil	77,5	81,0 ^{ns}	72,8
N	53	79	14
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in t_1 und t_2 und mit starker und langdauernder PID in t_1 , bei denen: PID stabil	8,3	9,3 ^{ns}	2,5
Wahlabsicht stabil	5,2	7,8 ^{ns}	4,3
N	32	196	53
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in t_1 und t_2 und mit stabiler PID, bei denen auch Wahlabsicht stabil: gesamt	92,7	93,9 ^{ns}	92,1
PID in t_1 schwach oder kurzfristig	89,6	92,1 ^{ns}	88,5
PID in t_1 stark und langdauernd	94,9	95,4 ^{ns}	98,0
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in t_1 und t_2 und mit stabiler PID, bei denen Wahlabsicht in t_2 gleich PID: gesamt	96,2	97,9 ^a	92,9
PID in t_1 schwach oder kurzfristig	95,3	98,7 ^b	89,7
PID in t_1 stark und langdauernd	96,9	97,1 ^{ns}	98,0

Signifikanzniveaus für Ost-West Differenz 1991/1992:

a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$; ns: nicht signifikant

Die Stabilität der Wahlabsicht ist im Osten mit ca. fünf Prozentpunkten Differenz nicht signifikant niedriger als in Westdeutschland, der Abstand in der Stabilität der Parteiidentifikation von 11 Prozentpunkten dagegen ist statistisch signifikant. Mit 3,6 Prozentpunkten Unterschied sind die Parteiungen in Ostdeutschland zwar nicht wesentlich weniger stabil als die dortigen Wahlabsichten, dennoch wird durch die Richtung des Unterschieds ein zentrales Kriterium für die Anwendbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation verletzt. Man wird die Entwicklung der nächsten Jahre abwarten müssen um zu sehen, ob und mit welcher Geschwindigkeit sich dort die relative Stabilität von Wahlabsichten und Parteiungen an die Verhältnisse in den alten Bundesländern anpassen wird.

Der sechste und siebte Block der Tabelle 3 belegen, daß dieser Unterschied zwischen beiden Landesteilen in der Stabilität der Parteiung und die in Ostdeutschland im Vergleich zur Wahlabsicht etwas niedrigere individuelle Stabilität der Parteiidentifikation vor allem auf die Befragten mit schwächeren und/oder noch nicht sehr lang dauernden Identifikationen zurückgeht. Wir stellen hier die Befragten mit geringer Intensität *oder* mit einer Dauer dieser Identifikation seit höchstens einigen Monaten denjenigen gegenüber, deren Parteiung *mindestens* ziemlich stark ist *und* nach eigener Angabe mindestens seit vielen Jahren existiert. In die letztere Gruppe mit einer starken und "eingefahrenen" Parteiung fallen in Westdeutschland weit über 50 Prozent der Probanden, die in beiden Zeitpunkten sowohl eine Parteiung wie eine Wahlabsicht angeben, in Ostdeutschland sind es dagegen nur rund 32 Prozent. Bei den Befragten mit den schwächeren und/oder "jüngeren" Neigungen ist der Unterschied zwischen Ost und West in der Stabilität beider Variablen relativ hoch, und im Osten ist die Wahlabsicht deutlich stabiler als die Parteiidentifikation. Bei den Befragten mit den starken und "alten" Parteiungen (von denen es im Osten nicht überraschenderweise weniger gibt) ist in den neuen Ländern der Abstand zwischen der Stabilität der Wahlabsicht und der Parteiung viel kleiner, und sowohl Wahlabsicht wie Parteiidentifikation sind bei ihnen eher *noch stabiler* als in Westdeutschland.

Die letzten beiden Segmente der Tabelle 3 zeigen schließlich, daß stabile Parteiungen in Ostdeutschland zwar etwas seltener sind als im Westen, daß sie aber, *wenn* sie vorliegen, auf die Stabilisierung der Wahlabsicht und ihre Anbindung an die Parteiung die gleichen Effekte haben wie in Westdeutschland. Wer 1991 und 1992 sich mit der gleichen Partei identifizierte, hatte mit einer sehr hohen Wahrscheinlich-

keit auch eine stabile Wahlabsicht, wobei diese Wahrscheinlichkeit bei den Probanden mit starker und "alter" Identifikation nochmals höher ist. Ähnliches gilt für die "Haltequote" der Parteineigung. In Tabelle 2 haben wir gesehen, daß die "Haltequote" in Westdeutschland im Querschnitt insgesamt knapp 90 und in Ostdeutschland knapp 80 Prozent beträgt. Bei Probanden mit stabiler Parteineigung liegt sie in Ost- und Westdeutschland stets über 90 Prozent. Der insgesamt signifikante Unterschied zwischen den beiden Landesteilen, wonach die Haltequote bei stabiler Parteidentifikation im Westen höher ist als im Osten, ist allein auf die Befragten mit schwächeren oder erst seit kurzem bestehenden Parteibindungen zurückzuführen. Sind Parteineigungen in Ostdeutschland stabil und stark und bestehen sie seit längerer Zeit, stimmt die Wahlabsicht dort fast immer mit der Parteineigung überein - genauso wie in Westdeutschland.

Die bisherigen Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen: Individuelle Parteineigungen sind derzeit in Ostdeutschland noch etwas weniger stabil als in Westdeutschland und sie haben etwas geringere Prägekraft für die Stabilisierung und Parallelisierung von Wahlabsichten. Diese Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen verschwinden aber weitgehend, wenn man die Stärke und vor allem die bisherige Dauer der Parteineigungen kontrolliert. In den neuen Bundesländern bestehen sie insgesamt selbstverständlich noch nicht so lange wie in Westdeutschland, so daß die im Aggregat niedrigere zeitliche Stabilität kaum erstaunen kann. Wenn aber in Ostdeutschland Parteineigungen nach ihrer Dauer und Stärke vergleichbar aussehen wie in Westdeutschland, dann wirken sie hinsichtlich der Stabilisierung und Prägung der Wahlabsicht auch genauso wie in Westdeutschland. Deshalb erscheint es durchaus sinnvoll, auch für die neuen Bundesländer von Parteineigungen zu sprechen, sie sind aber noch im Prozeß der Herausbildung und Verfestigung begriffen, also noch nicht so verbreitet, seit längerer Zeit "eingefahren" und stabil wie in der alten Bundesrepublik. Parteineigungen sind aber in den neuen Bundesländern durchaus hinreichend häufig anzutreffen, um auch dort Auswirkungen auf aktuelle Parteipräferenzen und andere politische Einstellungen haben zu können. Auf ihre derartigen Auswirkungen wird im übernächsten Abschnitt eingegangen.

5. Individuelle Positionen zu politischen Sachfragen und wahrgenommene Positionen der Parteien

Bis hierher haben wir festgestellt, daß in den neuen Bundesländern hinsichtlich der Verbreitung von längerfristigen Parteieneigungen keinesfalls eine vollständige *Tabularasa*-Situation besteht. Das heißt natürlich noch überhaupt nicht, daß diese Einstellungen irgendwelche Effekte haben, etwa auf die Wahlabsicht oder auf andere politische Einstellungen. Dazu kommen wir im nächsten Abschnitt. Zuvor haben wir uns aber noch mit der Behauptung auseinanderzusetzen, politische Sachfragen seien für die politischen Präferenzen der Ostdeutschen von zentraler Bedeutung. Zwar bezog sich diese in der Einleitung erwähnte Feststellung ROTHs über die Volkskammerwahl nur auf diese Wahl selbst, es ist aber schwer vorstellbar, daß ein Anfang 1990 allein an politischen Sachthemen orientiertes Elektorat sie binnen weniger Monate überhaupt nicht mehr in Betracht zieht, wenn es um die Festlegung der aktuellen Parteipräferenz geht. Wir wollen hier weder demonstrieren, daß die ostdeutschen Bürger *ausschließlich* an politischen Sachthemen orientiert sind, noch, daß sie es *überhaupt nicht* sind. Vielmehr wollen wir fragen, ob die Voraussetzungen für die Formulierung aktueller Parteipräferenzen auf der Grundlage von Positionen zu Sachfragen in beiden Landesteilen in unterschiedlichem Ausmaß erfüllt sind, denn auch für eine derartige "rationale" Entscheidungsfindung lassen sich eindeutige Vorbedingungen formulieren. Wir konzentrieren uns dabei, wie bereits in der Einleitung gesagt, auf sogenannte *Positionsis*ues (also nicht *Kompetenzis*ues), weil bei ihnen "rationales", ausschließlich durch Einstellungen zu Sachthemen angeleitetes Wahlverhalten am klarsten zum Ausdruck kommen kann.

Die Voraussetzungen dafür, daß die Einstellungen der Befragten zu solchen *Positionis*ues und die von ihnen wahrgenommenen Positionen der Parteien im Sinne des räumlichen Modells der Wahlentscheidung (STOKES 1963) einen Einfluß auf aktuelle Wahlabsichten ausüben können, sind eindeutig: Erstens müssen die Menschen selbst eine Meinung zu den jeweiligen Themen haben. Zweitens müssen sie den verschiedenen politischen Parteien eine Position zu den jeweiligen Streitfragen zuordnen können, denn nur dann läßt sich sinnvollerweise von einem "Abstand" zu einer Partei, von Übereinstimmung oder verschiedenen Graden der Nichtübereinstimmung sprechen. Dabei ist es unerheblich, ob diese Perzeptionen korrekt sind oder nicht. Drittens schließlich müssen die jeweiligen Sachfragen für die einzelnen Bürger eine gewisse

persönliche Bedeutung haben; andernfalls ist von Auswirkungen auf die aktuelle Parteipräferenz nicht auszugehen. Unsere einzelnen Erhebungswellen enthielten relativ umfangreiche Batterien von Positionsissues, die, wie bereits erwähnt, zwischen den beiden Landesteilen und den einzelnen Erhebungswellen notwendigerweise einige Variation aufweisen mußten. Tabelle 4 berichtet über die Erfüllung der eben aufgeführten Kriterien bei den einzelnen Themen in den alten und den neuen Bundesländern.

Hinsichtlich der Verbreitung eigener Meinungen zu den vorgegebenen politischen Streitfragen bestehen zwischen den beiden Landesteilen keine bemerkenswerten Unterschiede. Daß weit über 90 Prozent der Befragten eine eigene Meinung dazu angeben können, ist in alten und neuen Ländern die Regel. Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West sind selten: Befragte aus Ostdeutschland hatten signifikant häufiger eine eigene Position zur Reform des Paragraphen 218, Westdeutsche hatten 1991 signifikant häufiger eine eigene Meinung zu der Frage einer deutschen Beteiligung an militärischen Aktionen der Vereinten Nationen. Ganz anders sieht es mit der Perzeption der Positionen der politischen Parteien aus. Westdeutsche kennen sie zu einem deutlich höheren Anteil als Ostdeutsche (genauer: die westdeutschen Befragten *glauben* zumindest wesentlich häufiger, die Positionen der Parteien zu kennen, was jedoch allein von Bedeutung für eine an Issuedistanzen orientierte Parteipräferenz ist). Wo immer direkt vergleichbare Meßwerte vorliegen (28 Paarvergleiche), ist der Anteil der westdeutschen Befragten mit Zuschreibung einer Position an die Parteien deutlich höher als bei den ostdeutschen. Der Abstand zwischen alten und neuen Bundesländern beträgt stets um oder über zehn Prozentpunkte; er ist ausnahmslos statistisch signifikant. Etwa 90 Prozent der westdeutschen Probanden schreiben den Unionsparteien und der SPD eine Position auf den jeweiligen Meinungskontinua zu, in Ostdeutschland sind es knapp 80. Für die FDP und die Grünen wird in der Regel von 80 bis 85 Prozent der Westdeutschen eine wahrgenommene Position angegeben, in Ostdeutschland sind es eher zwischen 70 und 75. Noch weniger bekannt ist in Ostdeutschland die jeweilige Haltung der PDS, was angesichts der kurzen Geschichte der Partei und ihrer geringen Möglichkeiten zur Profilierung auf Sachthemen kaum überraschen kann.

Hinsichtlich der persönlichen Wichtigkeit der vorgelegten Themen für die Befragten ergeben sich aus Tabelle 4 kaum gravierende Unterschiede zwischen den beiden

Landesteilen. Bei den identischen Fragen erweist sich die Haltung zur Militäraction gegen den Irak als im Westen etwas wichtiger, während sowohl die Reform des Paragraphen 218 wie auch der Gegensatz zwischen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen im Osten für etwas wichtiger gehalten werden. Insgesamt gesehen werden die vorgelegten Themen in beiden Landesteilen im Mittel ihrer persönlichen Wichtigkeit einheitlich etwas unterhalb des Skalenwerts für "wichtig" eingestuft. Für die Frage nach der Verbreitung "rationaler" Entscheidungen über die eigene Parteipräferenz ist jedoch allein die im Osten signifikant niedrigere Kenntnis der Positionen der Parteien zu den einzelnen Streitfragen entscheidend. Die Voraussetzungen für die Ableitung von solchen Präferenzen aus Orientierungen gegenüber politischen Sachfragen sind in Westdeutschland noch etwas stärker erfüllt als in Ostdeutschland - und nicht etwa umgekehrt.

Von dieser Feststellung abgesehen mag es an dieser Stelle auch von Interesse sein, die Befunde der Tabelle 4 kurz *inhaltlich* zu interpretieren. Sie zeigt, daß bei den in beiden Landesteilen identisch vorgelegten Fragen ausnahmslos signifikante Unterschiede zwischen den jeweiligen mittleren Positionen der Probanden bestehen. Die ostdeutschen Befragten hielten die Militäraction gegen den Irak wesentlich weniger für notwendig als die westdeutschen, sie waren deutlich skeptischer gegenüber einer Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Aktionen der Vereinten Nationen, vertraten noch stärker als die westdeutschen die Ansicht, daß Steigerungen der Lebensqualität viel eher durch Lohnerhöhungen als durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden sollten, und nahmen schließlich zur Reform des Paragraphen 218 eine noch liberalere Haltung ein. Ferner ergibt sich aus Tabelle 4, daß bei einer ganzen Reihe von Sachthemen in beiden Landesteilen die im Mittel den Parteien zugeschriebenen Positionen sämtlich auf einer Seite der von den Befragten selbst im Mittel vertretenen Meinungen liegen. Mit anderen Worten: Die Befragten sehen sich im Mittel bei derartigen Themen auf dem jeweiligen Meinungskontinuum nicht auf beiden Seiten von Parteien umgeben, sondern die Parteien stehen alle in der gleichen Richtung mehr oder weniger von der mittleren Position der Befragten entfernt.

Tabelle 4: Positionen der Befragten und perzipierte Positionen der Parteien zu politischen Sachfragen in Ost- und Westdeutschland

Sachfrage	Jahr	Position des Befragten		Persönliche Wichtigkeit der Frage ^d		Perzipierte Position der									
		West	Ost	West	Ost	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS Ost	
						West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Irak	1991	3,0 ^c	3,8	0,69 ^c	0,56	1,7 ^c	1,4	3,9	3,7	2,4 ^a	2,6	6,2 ^b	6,0	6,2	
		95,4	94,7			93,6 ^c	86,3	92,2 ^c	82,7	90,9 ^c	81,0	88,3 ^c	79,9	72,6	
UNO-Aktionen	1991	4,2 ^c	5,2	0,62 ^c	0,55	2,1 ^c	1,8	4,4	4,5	3,0 ^c	3,3	6,4	6,4	6,4	
		95,8 ^b	92,1			91,3 ^c	84,0	89,9 ^c	80,4	86,6 ^c	74,4	87,8 ^c	81,7	71,6	
	1992	4,8 ^c	5,4	0,55	0,57	2,4 ^a	2,2	5,0 ^c	4,5	3,4	3,5	6,5 ^a	6,3	6,3	
		95,5	95,7			87,9 ^a	82,2	87,4 ^c	79,4	78,6 ^a	72,3	83,9 ^c	73,2	67,4	
Einkommen vs. Arbeitszeit	1990	4,7	-	0,77	-	5,0	-	3,0	-	4,8	-	2,6	-	-	
		92,6	-			83,5	-	85,6	-	80,6	-	71,4	-	-	
	1991	4,6 ^c	5,4	0,76 ^c	0,84	5,2 ^c	4,6	2,9 ^c	4,1	5,0 ^c	4,5	2,1 ^c	3,6	4,3	
		95,7	95,7			85,4 ^c	67,8	88,6 ^c	70,3	83,4 ^c	65,5	77,1 ^c	61,4	55,0	
	1992	4,8 ^a	5,1	0,73 ^c	0,84	5,1 ^c	4,7	3,2 ^c	3,7	4,9 ^c	4,4	2,5 ^c	3,6	3,9	
		97,1	96,3			85,3 ^c	65,2	87,3 ^c	70,8	79,2 ^c	58,5	74,0 ^c	52,0	52,6	
Paragraph 218	1990	3,4	-	0,62	-	5,7	-	3,1	-	4,3	-	2,2	-	-	
		88,4	-			85,3	-	84,5	-	80,0	-	80,4	-	-	
	1991	2,9 ^c	2,3	0,61 ^c	0,68	5,8 ^c	6,2	2,7 ^c	3,2	4,0	4,1	1,7 ^c	2,4	1,7	
		92,1 ^a	95,4			90,1 ^c	85,1	89,2 ^c	81,7	85,5 ^c	72,4	86,2 ^c	75,2	74,6	
	1992	2,9 ^c	2,2	0,62 ^c	0,71	5,9 ^c	6,2	2,8 ^c	3,3	4,0 ^c	4,5	1,8 ^c	2,3	1,8	
		93,0 ^c	98,2			92,5 ^a	87,7	90,6 ^c	83,4	83,1 ^b	76,0	87,2 ^c	77,9	76,9	
Sozialausgaben	1990	5,2	-	0,78	-	3,4	-	4,8	-	3,7	-	5,0	-	-	
		94,0	-			85,7	-	84,6	-	80,1	-	73,7	-	-	
Ausländer	1991	5,6	-	0,66	-	4,8	-	3,8	-	4,4	-	2,5	-	-	
		97,5	-			89,5	-	90,5	-	88,5	-	82,0	-	-	
	1992	5,8	-	0,74	-	5,4	-	3,9	-	4,7	-	2,7	-	-	
		98,3	-			93,4	-	92,6	-	86,2	-	81,0	-	-	

(Fortsetzung Tabelle 4)

Verkehr in Städten	1990	3,1	-	0,71	-	4,3	-	3,0	-	4,1	-	1,7	-	-
		94,9	-			80,3	-	81,4	-	77,7	-	83,9	-	-
	1991	2,9	-	0,71	-	4,4	-	2,6	-	4,2	-	1,4	-	-
Vereinigung	1990	4,7	-	0,65	-	6,4	-	4,3	-	5,8	-	3,2	-	-
		95,8	-			94,5	-	93,6	-	91,1	-	82,3	-	-
	1991	2,9	-	0,71	-	4,2	-	2,8	-	4,2	-	1,5	-	-
Finanz. Opfer	1990	5,4	-	0,78	-	3,5	-	4,4	-	3,8	-	4,6	-	-
		94,6	-			81,2	-	86,7	-	84,0	-	70,7	-	-
	1991	4,1	-	0,72	-	2,2	-	3,4	-	2,7	-	4,0	-	-
Hilfe für ex-DDR	1990	99,1	-			96,6	-	95,0	-	92,9	-	76,3	-	-
	1991	4,7	-	0,68	-	2,4	-	3,5	-	3,0	-	3,7	-	-
	1992	98,7	-			94,6	-	93,6	-	88,4	-	73,8	-	-
Umwelt vs. Arbeits- plätze	1991	-	3,2	-	0,89	-	3,5	-	3,3	-	3,4	-	6,0	3,3
		-	96,4	-			75,6	-	79,7	-	72,3	-	83,3	66,8
	1992	-	3,2	-	0,90	-	4,0	-	3,5	-	3,8	-	5,3	3,4
SED & Stasi	1991	-	2,4	-	0,66	-	2,5	-	3,0	-	2,8	-	3,0	6,0
		-	96,0	-			81,4	-	78,2	-	73,3	-	72,4	75,1
	1992	-	2,9	-	0,59	-	2,3	-	2,9	-	2,7	-	2,8	5,9
	-	95,4	-			81,9	-	79,7	-	72,3	-	74,8	75,1	
Mittel ^c	1990	93,4	-	0,72	-	85,1	-	86,1	-	82,2	-	77,1	-	-
	1991	96,2	95,1	0,68	0,70	90,5 ^b	80,0	90,4 ^c	78,8	87,4 ^c	73,7	83,8 ^a	75,7	69,3
	1992	96,8	96,5	0,67	0,72	89,9 ^b	78,3	89,8 ^c	78,2	82,9 ^c	69,5	81,7 ^a	69,9	66,8

-: Nicht gefragt, nicht verfügbar.

a: Ost-West Differenz signifikant mit $p < 0,05$, b: Ost-West Differenz signifikant mit $p < 0,01$ c: Ost-West Differenz signifikant mit $p < 0,001$, d: Fünf-Punkte-Skala von 0 (völlig unwichtig) bis 1 (sehr wichtig)

e: Mittlerer Anteil der Befragten mit eigener Position oder Attribution einer Position für die jeweilige Partei.

Anmerkungen zu Tabelle 4:

Die jeweils obere Zahl gibt die mittlere Position der Befragten bzw. die im Mittel den Parteien zugeschriebene Position auf den folgenden Sieben-Punkte-Skalen an. Die jeweils untere Zahl gibt den Anteil der Befragten mit einer eigenen Position bzw. den Anteil mit Zuschreibung einer Position an die Partei an.

Irak: "War das militärische Eingreifen der multinationalen Streitkräfte gegen den Irak angesichts der Besetzung Kuwaits durch den Irak notwendig oder nicht notwendig?" Skala 1 (militärisches Eingreifen notwendig) bis 7 (militärisches Eingreifen nicht notwendig)

UNO-Aktionen: "Sollte sich die Bundesrepublik in Zukunft an militärischen Aktionen der Vereinten Nationen zur Abwehr von Überfällen auf andere Staaten beteiligen oder nicht beteiligen?" Skala 1 (an militärischen Aktionen beteiligen) bis 7 (nicht an militärischen Aktionen beteiligen)

Einkommen vs. Arbeitszeit: "Wohl jeder möchte in Zukunft besser leben als heute. Sollte eine höhere Lebensqualität eher durch eine Verringerung der Arbeitszeit oder durch eine Erhöhung des Einkommens erreicht werden?" Skala 1 (Verringerung der Arbeitszeit) bis 7 (Erhöhung des Einkommens)

Paragraph 218: "Sollten die staatlichen Bestimmungen so verändert werden, daß ein Schwangerschaftsabbruch erleichtert wird oder so, daß er erschwert wird?" Skala 1 (erleichtert) bis 7 (erschwert)

Nur in Westdeutschland gefragt:

Sozialausgaben: "Sollte man heute bei den staatlichen Ausgaben für die soziale Sicherung Einsparungen vornehmen oder nicht?" Skala 1 (Einsparungen vornehmen) bis 7 (keine Einsparungen vornehmen)

Verkehr in Städten: "Sollte man in den Städten darauf hinwirken, daß der Autoverkehr eingeschränkt wird oder darauf, daß Autos bequemer benutzt werden können?" Skala 1 (Einschränkung des Autoverkehrs in Städten) bis 7 (bequemere Benutzung von Autos in Städten)

Vereinigung: "Sollte eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten erst in ferner Zukunft - wenn überhaupt - oder möglichst bald stattfinden?" Skala 1 (Vereinigung in ferner Zukunft) bis 7 (Vereinigung möglichst bald)

Finanzielle Opfer: "Wenn es zu einer Vereinigung kommt, sollten den Bundesbürgern dann finanzielle Opfer zugemutet werden oder nicht?" Skala 1 (finanzielle Opfer) bis 7 (keine finanziellen Opfer)

Hilfe für ex-DDR: "Sollten die Westdeutschen große finanzielle Opfer erbringen, damit sich die Lebenshaltung der ehemaligen DDR-Bürger möglichst schnell an den Westen angleicht oder sollten sie dafür keine Opfer erbringen?" Skala 1 (große finanzielle Opfer) bis 7 (keine finanziellen Opfer)

Ausländer: "Sollten die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden?" Skala 1 (erleichtert) bis 7 (eingeschränkt)

Nur in Ostdeutschland gefragt:

Umwelt vs. Arbeitsplätze: "Worauf sollte bei der Umstrukturierung unserer Wirtschaft mehr Wert gelegt werden: daß möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben - oder daß der Umweltschutz viel stärker berücksichtigt wird, selbst wenn das auf Kosten von Arbeitsplätzen geht?" Skala 1 (Vorrang für Arbeitsplätze) bis 7 (Vorrang für Umweltschutz)

SED & Stasi: "Sollten ehemalige SED-Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter zur Verantwortung gezogen werden oder sollten durch einen allgemeinen Verzicht auf Strafverfolgung alle gleichermaßen die Chance zu einem Neubeginn erhalten?" Skala 1 (zur Verantwortung ziehen) bis 7 (Verzicht auf Strafverfolgung)

In Westdeutschland ist dies erstens bei der Frage nach der Höhe der Sozialausgaben der Fall. Hier werden alle Parteien im Mittel als aufgeschlossener gegenüber Kürzungen gesehen als es die Befragten im Aggregat selbst sind. Zweitens werden alle Parteien als bereiter betrachtet, den Westdeutschen zum Zwecke der Hilfe für

Ostdeutschland finanzielle Opfer aufzuerlegen, als die Befragten es selbst sind. Drittens schließlich werden alle Parteien als aufgeschlossener gegenüber dem Zuzug von Ausländern perzipiert als es die Befragten im Mittel selbst sind. In Ostdeutschland ist derartiges erstens bei der Problematik "Arbeitszeitverkürzung versus Steigerung der Einkommen" festzustellen: Die Befragten selbst stehen viel näher am Pol der Lohnerhöhung als die den einzelnen Parteien zugeschriebenen Positionen. Hinsichtlich der Reform des Paragraphen 218 gilt dies zweitens für alle Westparteien. Sie alle werden vom Mittelwert der ostdeutschen Befragten aus mehr oder weniger weit in Richtung Einschränkung der Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch gesehen, während nur die PDS noch weiter am Pol der Liberalisierung perzipiert wird. In der Frage Erhaltung von Arbeitsplätzen gegenüber Betonung des Umweltschutzes werden alle Parteien (einschließlich der PDS) weiter in Richtung auf Umweltschutz verortet als es der mittleren Position der Befragten selbst entspricht. 1991 schließlich wurden alle Parteien als weniger an Strafverfolgung von SED- und Stasi-Tätern interessiert gesehen als die Befragten selbst. 1992 war das nicht mehr der Fall, was jedoch nicht damit zusammenhängt, daß die Positionen der Parteien nun anders perzipiert wurden, sondern allein damit, daß die Befragten in den neuen Ländern selbst im Mittel ihre Meinung um einen halben Skalenpunkt in Richtung Amnestie verändert hatten.

Diese Beobachtungen beziehen sich wohlgermerkt auf die *mittleren* Positionen der Befragten und die den Parteien *im Mittel* zugeschriebenen Positionen. Daß im Aggregat alle letzteren Zuschreibungen von der mittleren Meinung der Befragten aus gesehen in einer Richtung liegen, bedeutet natürlich keineswegs, daß dies auch individuell für jeden Probanden so sein muß. Wohl aber gilt, daß dies für umso mehr Individuen der Fall sein muß je weiter im Aggregat die perzipierten Positionen aller Parteien von den mittleren Meinungen der Befragten entfernt sind. Daß wir solche Aggregatverteilungen bei einer ganzen Reihe von Sachthemen feststellen, kann als ein Hinweis darauf gewertet werden, daß man der aktuellen Problematik der sogenannten "Parteiverdrossenheit" auch unter dem Aspekt systematisch nachgehen muß, inwiefern bei derartigen umstrittenen politischen Sachfragen auf der individuellen Ebene ein Defizit an "Vertretenheitsgefühl" im politischen System entstehen kann, wenn alle Parteien als in der gleichen Richtung von der eigenen Auffassung abweichend wahrgenommen werden (vgl. RATTINGER 1993).

6. Ein Kausalmodell für die Sympathie gegenüber den politischen Parteien im Querschnitt

Die Verteilungen von Parteieigungen, ihrer Stärke und Dauer und von Sachfragenorientierungen sind in den alten und neuen Bundesländern hinreichend ähnlich, so daß man allein aufgrund dieser Verteilungen nur schwer entscheiden kann, ob aktuelle Parteisympathien im einen Landesteil eher durch Parteieigungen und im anderen eher durch Einstellungen zu politischen Sachfragen beeinflußt werden. Wenn überhaupt eine Aussage möglich ist, dann wird man anhand der beobachteten Unterschiede allenfalls erwarten, daß in Ostdeutschland sowohl die Parteieigungen wie auch die Sachfragenorientierungen einen etwas geringeren Effekt haben könnten. Zuverlässig aufklären läßt sich dies aber nur durch simultane Schätzung der Auswirkungen dieser beiden Variablen auf die aktuellen Einstellungen zu den politischen Parteien in beiden Landesteilen im Rahmen eines komplexen Kausalmodells, als dessen abhängige Variablen uns die Sympathieeinstufungen der politischen Parteien auf einem Skalometer mit elf Punkten dienen. Die Gründe hierfür wurden oben bereits genannt: Erstens stand bei allen Erhebungen von 1990, 1991 und 1992 aktuell gar keine Bundestagswahl an (der Termin der Wahl von 1990 wurde erst weit nach unserer Erhebung festgelegt), und zweitens entsprechen die Skalometerwerte viel eher dem Meßniveau der meisten Erklärungsvariablen als die kategoriale Wahlabsicht.

Die Parteienskalometer werden dabei gewissermaßen als probabilistische Messung aktueller Wahlabsichten verstanden: Je höher die Sympathie für eine bestimmte Partei ist desto höher sollte auch die Wahrscheinlichkeit sein, daß sie tatsächlich im Augenblick gewählt würde, wenn jetzt eine Wahl stattfände. Für Westdeutschland ist es ein wohlbekanntes Faktum, daß die Partei, für die eine aktuelle Wahlabsicht besteht, auf solchen Sympathieskalometern sehr viel positiver eingestuft wird als alle konkurrierenden Parteien. Tabelle 5 zeigt, daß dies auch in Ostdeutschland der Fall ist - und zwar eher noch stärker als in Westdeutschland. Diejenige Partei, für die eine Wahlabsicht angegeben wird, erhält in der Regel (bei einem Wertebereich von -1 bis +1) eine mittlere Skalometereinstufung zwischen 0,6 und 0,75, die übrigen Parteien werden entweder mit negativen oder mit sehr viel niedrigeren positiven Sympathiebewertungen bedacht. Ein weiterer Vorteil der Verwendung dieser Skalometerwerte als abhängige Variablen ist, daß derartige Sympathieeinstufungen der Parteien nur von ganz wenigen Befragten verweigert werden, während bei der Wahl-

absichtsfrage in unseren Erhebungen doch immerhin bis zu 20 Prozent der Probanden eine Festlegung vermieden.

Tabelle 5: Mittlere Sympathieeinstufung der politischen Parteien nach Wahlabsicht

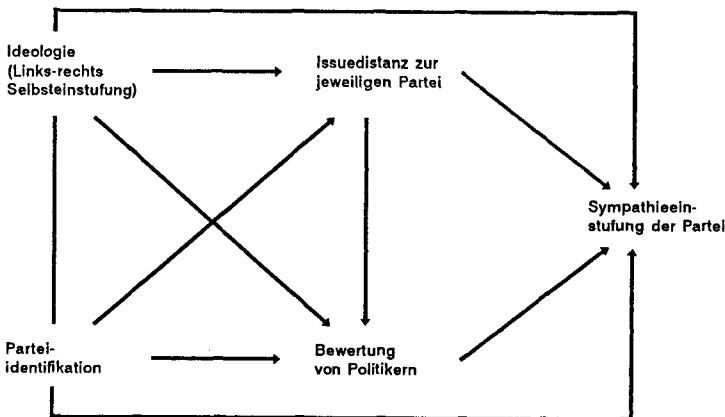
	Jahr	CDU/CSU		SPD		Wahlabsicht FDP		Grüne		PDS
		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	Ost
Skalometerwert CDU/CSU	1990	66	-	-27	-	29	-	-42	-	-
	1991	67	78	-34	-25	13	01	-55	-44	-55
	1992	64	70	-32	-09	11	44	-55	-24	-64
Skalometerwert SPD	1990	00	-	70	-	19	-	32	-	-
	1991	-08	14	64	69	01	19	06	42	21
	1992	-10	23	61	66	-03	51	12	39	28
Skalometerwert FDP	1990	27	-	09	-	72	-	-13	-	-
	1991	25	41	00	27	54	73	-34	11	00
	1992	17	34	-05	29	54	68	-31	11	-05
Skalometerwert Grüne	1990	-40	-	10	-	-16	-	69	-	-
	1991	-48	06	08	32	-26	22	59	62	38
	1992	-42	-03	01	28	-25	33	56	74	33
Skalometerwert PDS	1991	-	-72	-	-32	-	-57	-	-12	75
	1992	-	-73	-	-25	-	-59	-	-26	74

Die Sympathieskalometer wurden auf einen Wertebereich von -1 (halte überhaupt nichts von der Partei) bis +1 (halte sehr viel von der Partei) umtransformiert. Alle Werte wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimalkomma zu vermeiden.

Als Erklärungsgrößen enthält unser Kausalmodell zunächst die Parteiidentifikationen und die Distanzen zu den Parteien auf politischen Sachfragen. Darüberhinaus werden als weitere zentrale Größe des sozialpsychologischen Ansatzes zur Erklärung von Wahlentscheidungen die Kandidatenbewertungen einbezogen. Diese spielen im Rahmen dieses Ansatzes als neben den Issueorientierungen zweite kurzfristig fluktuierende Erklärungsgröße (gegenüber den längerfristig stabilen Parteieneigungen) eine zentrale Rolle. In der in der Einleitung erwähnten Diskussion um die politischen Effekte von Parteieneigungen und Sachfragenorientierungen in Ostdeutschland wurden solche Kandidatenorientierungen zwar weitgehend vernachlässigt, dies erscheint jedoch nicht gerechtfertigt. Auch für die neuen Länder ist es plausibel anzunehmen, daß die Bewertung der Spitzenpolitiker neben der Parteieneigung und der Sachfragenorientierung starke Auswirkungen auf die aktuelle Sympathie gegenüber den Parteien hat. Als vierte Erklärungsgröße wird schließlich die ideologische Grundorientie-

rung der Befragten berücksichtigt - gemessen durch ihre Selbsteinstufung auf einem Links-Rechts-Kontinuum mit elf Punkten. Für Westdeutschland zeigt umfangreiche empirische Evidenz, daß die ideologische Grundorientierung einen von den übrigen Faktoren unabhängigen Effekt auf Wahlabsichten und Sympathieeinstufungen der Parteien hat (z.B. GIBOWSKI 1977; PAPPI 1983). Für Ostdeutschland ist es denkbar, daß diese Größe angesichts der hier als noch weniger gefestigt ermittelten Partei- neigungen teilweise eine Ersatzfunktion für die letzteren ausübt. Unser Grundmodell sieht damit aus wie in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Kausalmodell des Einflusses von Ideologie, Parteiidentifikation, Issuedistanzen und Kandidatenbewertung auf die Sympathieeinstufung politischer Parteien



In dieser Spezifikation werden Parteiidentifikation und ideologische Orientierung als exogene Variablen betrachtet, die beide im Modell nicht erklärt werden. Die zweifellos zwischen ihnen bestehende Korrelation wird also nicht kausal interpretiert. Beide exogenen Variablen können direkte Effekte auf die Sympathieeinschätzung der Parteien haben sowie indirekte Effekte über die Issuedistanzen und die Kandidatenbewertungen. Für die letzten beiden Variablen wird ein unidirektionaler Kausalstrom von den Issuedistanzen auf die Kandidatenbewertungen angenommen, um eine rekur-

sive Modellspezifikation zu erhalten. Man könnte hier sicher für umgekehrte Richtung der Kausalität oder Nichtrekursivität argumentieren, aber ein rekursives Modell ist leichter zu schätzen. Bei der vorliegenden Spezifikation werden ferner die Effekte der Issuedistanzen auf die Sympathie gegenüber den Parteien maximiert, weil zu dem direkten Effekt ein indirekter über die Kandidatenbewertungen hinzutreten kann. Da für die Bürger der neuen Bundesländer eine besonders hohe Orientierung an Sachfragen behauptet wurde, sollte dieser Kausalitätsstrom nicht durch die Modellspezifikation abgeschwächt werden. Schließlich ist die Frage, ob Kandidatenbewertungen eher durch Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung in politischen Sachfragen beeinflusst werden, oder umgekehrt hohe Sympathie für bestimmte Politiker eher die Übernahme ihrer Sachpositionen bewirkt, für die Fragestellung dieses Aufsatzes von untergeordneter Bedeutung. Die hier gewählte Spezifikation orientiert sich an dem Idealtyp des "rationalen" Wählers, der zunächst bedenkt, wie stark er mit den einzelnen Parteien auf den aktuellen politischen Streitfragen im Saldo übereinstimmt, und unter anderem auf dieser Grundlage zu Sympathiebewertungen der Parteien und ihrer Politiker gelangt.

Die Schätzung dieses Kausalmodells erfolgte simultan für alle Parteien nach der Maximum-Likelihood-Methode mit dem Programm LISREL - und zwar in fünf Durchgängen, also getrennt nach Ost- und Westdeutschland und nach den einzelnen Befragungswellen. Dabei entspricht jedem Konzept der Abbildung 1 für jede Partei genau ein Beobachtungswert (bei den Issuedistanzen handelt es sich um die euklidische Gesamtdistanz über alle erhobenen Sachthemen hinweg) mit Ausnahme der Kandidatenbewertungen. Hier wurde für jede Partei ein Kandidatenfaktor definiert, auf dem die Skalometerwerte aller Politiker der jeweiligen Partei laden, die in der jeweiligen Erhebung zur Bewertung vorgelegt wurden. Aus Platzgründen gibt Tabelle 6 jedoch nur die direkten und indirekten Effekte zwischen den Konzepten der Abbildung 1 wieder und nicht das simultan geschätzte Meßmodell der jeweiligen Kandidatenfaktoren.

Die erste Teiltabelle von Tabelle 6 enthält die Korrelationen zwischen den exogenen Variablen. Erwartungsgemäß korrelieren die Parteieneigungen zu den einzelnen Parteien in beiden Landesteilen negativ, wobei allein auffällt, daß die Identifikationen mit Unionsparteien bzw. SPD in den neuen Ländern weit weniger stark negativ miteinander zusammenhängen als in Westdeutschland. Der Block der ersten fünf Zeilen

dieser Teiltabelle verdeutlicht, warum das so ist: Identifikationen mit der FDP hängen in beiden Landesteilen mit der ideologischen Orientierung kaum zusammen; für die Grünen findet man in beiden Teilen ähnliche und relativ niedrige Korrelationen dergestalt vor, daß ihre Identifizierer sich selbst eher als links einstufen. Hinsichtlich der ideologischen Polarisierung der Identifikation mit den beiden großen Parteien aber besteht ein starker Unterschied zwischen Ost und West. SPD-Identifizierer bezeichnen sich in Westdeutschland viel stärker als linksstehend und CDU/CSU-Identifizierer viel stärker als rechtsstehend als in den neuen Bundesländern. Umgekehrt ausgedrückt: Mit einer linkeren (rechteren) ideologischen Grundorientierung steigt in Westdeutschland die Wahrscheinlichkeit der Identifikation mit der SPD (CDU/CSU) viel stärker an als in Ostdeutschland.

Dabei scheint diese ideologische Polarisierung der Neigungen zu den beiden großen Parteien in Ostdeutschland von 1991 nach 1992 etwas angestiegen zu sein, ohne jedoch das westliche Niveau zu erreichen, was als ein weiteres Indiz für die Anpassung der Struktur von Parteineigungen in Ostdeutschland an die westdeutschen Verhältnisse gewertet werden kann.

Betrachten wir nun zunächst die Schätzung der direkten Effekte in der Teiltabelle 6.2., die für 1991 in der Abbildung 2 für alte und neue Bundesländer nochmals grafisch zusammengestellt sind. Der überragende Eindruck dieser Schätzergebnisse ist die Einheitlichkeit der Kausalstrukturen in alten und neuen Bundesländern und ihre Stabilität über die Zeit hinweg. In keinem einzigen Fall erfolgt ein Vorzeichenwechsel der Koeffizienten zwischen beiden Landesteilen oder Erhebungszeitpunkten. Alle Koeffizienten liegen ausnahmslos in der erwarteten Richtung: Je linker sich die Befragten selbst einstufen desto weniger stimmen sie in den Sachthemen mit der Union und der FDP überein und desto geringer ist ihre Issuedistanz zu SPD und Grünen (und der PDS im Osten). Wer sich mit einer bestimmten Partei identifiziert, steht dieser Partei in den Sachfragen systematisch näher. Je linker die Befragten sind desto positiver bewerten sie Spitzenpolitiker der SPD und der Grünen (und im Osten der PDS), desto schlechter bewerten sie die Kandidaten der Union und der FDP. Wer sich mit einer Partei identifiziert, hat deutlich höhere Sympathien für ihr Führungspersonal als andere Befragte. Je weiter man von einer Partei in den Sachfragen entfernt ist desto unsympathischer erscheint ihr Führungspersonal.

Tabelle 6: Kausalmodell des Einflusses von Ideologie, Parteiidentifikation, Positionen auf Sachfragen und Kandidatenbewertungen auf die Sympathieeinstufung politischer Parteien in Ost- und Westdeutschland im Querschnitt (LISREL-Schätzungen per Maximum Likelihood)

6.1. Korrelationsmatrix der exogenen Variablen

			Parteiidentifikation				
			CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS
Ideologie (links-rechts Selbsteinstufung, -1 = ganz rechts, +1 = ganz links)	West	1990	-0,51 ^c	0,44 ^c	-0,05 ^a	0,20 ^c	-
	West	1991	-0,60 ^c	0,52 ^c	-0,05	0,16 ^c	-
	West	1992	-0,56 ^c	0,53 ^c	-0,05	0,20 ^c	-
	Ost	1991	-0,39 ^c	0,18 ^c	-0,07	0,19 ^c	0,38 ^c
	Ost	1992	-0,47 ^c	0,25 ^c	-0,06	0,22 ^c	0,34 ^c
Parteiidentifikation CDU/CSU	West	1990	-0,42 ^c	-0,12 ^c	-0,15 ^c	-	-
	West	1991		-0,45 ^c	-0,12 ^c	-0,13 ^c	-
	West	1992		-0,45 ^c	-0,11 ^b	-0,12 ^b	-
	Ost	1991		-0,27 ^c	-0,11 ^b	-0,15 ^c	-0,12 ^b
	Ost	1992		-0,29 ^c	-0,09	-0,13 ^a	-0,11 ^a
Parteiidentifikation SPD	West	1990			-0,13 ^c	-0,17 ^c	-
	West	1991			-0,16 ^c	-0,16 ^c	-
	West	1992			-0,14 ^c	-0,16 ^c	-
	Ost	1991			-0,15 ^c	-0,20 ^c	-0,17 ^c
	Ost	1992			-0,14 ^a	-0,20 ^c	-0,15 ^b
Parteiidentifikation FDP	West	1990				-0,05 ^a	-
	West	1991				-0,04	-
	West	1992				-0,04	-
	Ost	1991				-0,08 ^b	-0,07
	Ost	1992				-0,06	-0,05
Parteiidentifikation Grüne	Ost	1991					-0,09 ^b
	Ost	1992					-0,07

-: Nicht verfügbar

a, b, c: Signifikanzniveaus wie in Tabelle 1

(Fortsetzung Tabelle 6)

6.2. Direkte Effekte

		CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS
		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	Ost
Ideologie →	1990	29 ^c	-	-10 ^c	-	29 ^c	-	-26 ^c	-	-
Issuedistanz	1991	25 ^c	25 ^c	-19 ^c	-01	24 ^c	20 ^c	-37 ^c	-19 ^c	-25 ^c
von der Partei	1992	23 ^c	19 ^c	-12 ^b	-01	19 ^c	19 ^c	-26 ^c	-04	-32 ^c
Parteiidentifikation →	1990	-29 ^c	-	-19 ^c	-	-07 ^c	-	-17 ^c	-	-
Issuedistanz	1991	-31 ^c	-15 ^c	-19 ^c	-18 ^c	-14 ^c	-15 ^c	-23 ^c	-18 ^c	-27 ^c
von der Partei	1992	-25 ^c	-30 ^c	-17 ^c	-14 ^a	-08 ^a	-07	-17 ^c	-08	-18 ^b
Ideologie →	1990	-28 ^c	-	35 ^c	-	-14 ^c	-	26 ^c	-	-
Bewertung der Kandidaten	1991	-30 ^c	-20 ^c	30 ^c	33 ^c	-13 ^c	-18 ^c	27 ^c	-	30 ^c
der Partei	1992	-23 ^c	-22 ^c	33 ^c	40 ^c	-11 ^b	-22 ^c	-	-	30 ^c
Parteiidentifikation →	1990	34 ^c	-	30 ^c	-	11 ^c	-	15 ^c	-	-
Bewertung der Kandidaten	1991	36 ^c	36 ^c	31 ^c	28 ^c	14 ^c	13 ^b	14 ^c	-	21 ^c
der Partei	1992	36 ^c	27 ^c	29 ^c	26 ^c	13 ^c	12 ^a	-	-	23 ^c
Issuedistanz →	1990	-31 ^c	-	-22 ^c	-	-16 ^c	-	-25 ^c	-	-
Bewertung der Kandidaten	1991	-23 ^c	-27 ^c	-20 ^c	-09 ^a	-16 ^c	-13 ^b	-24 ^c	-	-28 ^c
der Partei	1992	-24 ^c	-20 ^c	-16 ^c	-02	-10 ^b	-03	-	-	-23 ^c
Ideologie →	1990	-08 ^c	-	13 ^c	-	00	-	21 ^c	-	-
Sympathieeinstufung	1991	-09 ^c	-09 ^b	18 ^c	03	-08 ^b	-03	20 ^c	13 ^b	14 ^c
der Partei	1992	-13 ^c	-11 ^b	14 ^c	09	-07 ^a	-08	29 ^c	29 ^c	11 ^b
Parteiidentifikation →	1990	18 ^c	-	28 ^c	-	18 ^c	-	15 ^c	-	-
Sympathieeinstufung	1991	18 ^c	19 ^c	32 ^c	34 ^c	15 ^c	20 ^c	08 ^b	29 ^c	15 ^c
der Partei	1992	19 ^c	16 ^c	29 ^c	35 ^c	13 ^c	18 ^c	17 ^c	32 ^c	15 ^c
Issuedistanz →	1990	-18 ^c	-	-15 ^c	-	-31 ^c	-	-20 ^c	-	-
Sympathieeinstufung	1991	-17 ^c	-14 ^c	-18 ^c	-12 ^b	-23 ^c	-18 ^c	-26 ^c	-09 ^a	-15 ^c
der Partei	1992	-11 ^c	-14 ^c	-12 ^c	-14 ^b	-26 ^c	-14 ^b	-39 ^c	-10 ^a	-14 ^c
Bewertung der Kandidaten →	1990	56 ^c	-	42 ^c	-	28 ^c	-	39 ^c	-	-
Sympathieeinstufung	1991	56 ^c	57 ^c	29 ^c	27 ^c	39 ^c	37 ^c	42 ^c	-	53 ^c
der Partei	1992	56 ^c	61 ^c	43 ^c	23 ^c	39 ^c	33 ^c	-	-	57 ^c

Alle Koeffizienten wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimal komma zu vermeiden.

-: Nicht verfügbar

a, b, c: Signifikanzniveaus wie in Tabelle 1

(Fortsetzung Tabelle 6)

6.3. Gesamteffekte

		CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS
		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	Ost
Ideologie →	1990	-37	-	37	-	-19	-	33	-	-
Bewertung der Kandidaten	1991	-35	-26	34	33	-17	-20	36	-	37
der Partei	1992	-29	-26	35	40	-13	-22	-	-	38
Parteiidentifikation →	1990	43	-	35	-	12	-	19	-	-
Bewertung der Kandidaten	1991	43	40	35	30	16	15	20	-	29
der Partei	1992	42	33	32	26	13	13	-	-	27
Ideologie →	1990	-34	-	30	-	-15	-	38	-	-
Sympathieeinstufung	1991	-33	-27	31	12	-20	-14	44	20	37
der Partei	1992	-32	-29	30	18	-16	-18	39	30	37
Parteiidentifikation →	1990	47	-	45	-	24	-	26	-	-
Sympathieeinstufung	1991	48	44	45	44	25	28	22	31	35
der Partei	1992	45	40	44	43	21	23	24	32	33
Issuedistanz →	1990	-35	-	-25	-	-36	-	-29	-	-
Sympathieeinstufung	1991	-30	-29	-24	-14	-29	-23	-36	-09	-29
der Partei	1992	-24	-26	-18	-15	-30	-15	-39	-10	-27

In dieser Tabelle werden nur diejenigen Gesamteffekte aufgeführt, die von den direkten Effekten abweichen können (mindestens zweistufiger Kausalitätsfluß). Alle Koeffizienten wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimalkomma zu vermeiden.

In Westdeutschland bewertete Politiker:

1990: CDU/CSU: Kohl, Geissler, Waigel; SPD: Lafontaine, Brandt, Vogel; FDP: Genscher, Lambsdorff; Grüne: Fischer, Ditzfurth.

1991: CDU/CSU: Kohl, Biedenkopf, Waigel; SPD: Lafontaine, Brandt, Engholm; FDP: Genscher, Lambsdorff; Grüne: Fischer.

1992: CDU/CSU: Kohl, Biedenkopf, Waigel, Merkel; SPD: Lafontaine, Engholm, Stolpe; FDP: Genscher, Moellemann; Grüne: keine; PDS: Gysi.

In Ostdeutschland bewertete Politiker:

1991: CDU/CSU: Kohl, Biedenkopf, Waigel; SPD: Lafontaine, Brandt, Engholm, Stolpe; FDP: Genscher, Lambsdorff; Grüne: keine; PDS: Gysi.

1992: CDU/CSU: Kohl, Biedenkopf, Waigel, Merkel; SPD: Lafontaine, Engholm, Stolpe; FDP: Genscher, Moellemann; Grüne: keine; PDS: Gysi.

(Fortsetzung Tabelle 6)

6.4. Quadrierte multiple Korrelationskoeffizienten für die Strukturgleichungen

		CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS
		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	Ost
Issuedistanz	1990	0,25	-	0,06	-	0,09	-	0,12	-	-
	1991	0,25	0,12	0,11	0,03	0,08	0,07	0,21	0,08	0,19
	1992	0,18	0,18	0,06	0,02	0,04	0,04	0,11	0,01	0,18
Bewertung der Kandidaten der Partei	1990	0,56	-	0,41	-	0,08	-	0,22	-	-
	1991	0,53	0,37	0,39	0,24	0,08	0,08	0,23	-	0,36
	1992	0,44	0,29	0,36	0,28	0,05	0,07	-	-	0,33
Sympathieeinstufung der Partei	1990	0,73	-	0,58	-	0,27	-	0,45	-	-
	1991	0,74	0,64	0,55	0,30	0,33	0,27	0,51	0,18	0,61
	1992	0,70	0,67	0,58	0,31	0,30	0,21	0,38	0,24	0,61

6.5. Statistiken zur Modellanpassung

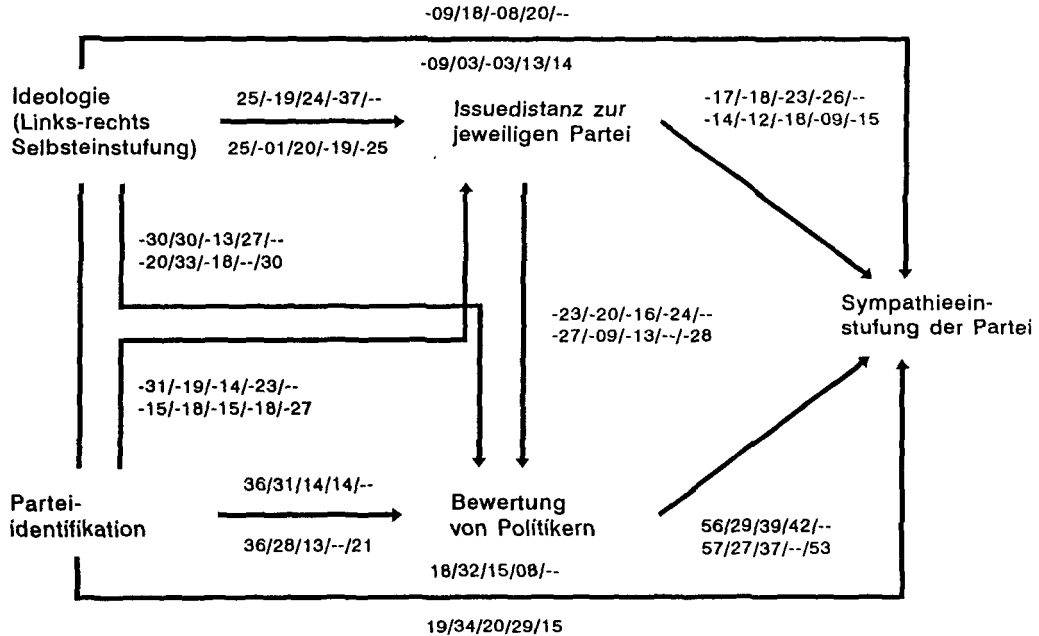
	West			Ost	
	1990	1991	1992	1991	1992
N	2007	932	716	606	325
Chi-Quadrat	8158	3989	3009	2065	1527
Freiheitsgrade	206	185	188	206	188
Goodness of Fit Index	0,75	0,74	0,74	0,76	0,70
Adjusted Goodness of Fit Index	0,66	0,65	0,65	0,68	0,60
Wurzel des mittleren quadrierten Residuums	0,15	0,15	0,15	0,14	0,16
Determinationskoeffizient für die Strukturgleichungen	0,80	0,82	0,76	0,76	0,76

Auch die direkten Effekte auf die am Ende der Kausalkette stehenden Sympathieeinstufungen der Parteien entsprechen genau diesem plausiblen Muster: Je linker sich die Befragten einstufen desto sympathischer sind ihnen SPD und Grüne (und PDS im Osten) und desto unsympathischer FDP und Union. Wer sich mit einer Partei identifiziert, hält auch sehr viel mehr von ihr. Je höher die Übereinstimmung mit einer Partei in den Sachfragen desto positiver fällt ihre Sympathieeinstufung aus, und je sympathischer ihnen die Kandidaten einer Partei sind umso sympathischer ist den Befragten auch die Partei selbst. Die hohe Stabilität dieser Kausalstruktur zeigt sich daran, daß die mittlere absolute Abweichung zwischen den für 1990 und 1991 für Westdeutschland geschätzten Koeffizienten nur 0,04 beträgt. Zwischen 1991 und 1992 liegt diese mittlere Abweichung bei 0,05 sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern. Der mittlere absolute Ost-West-Unterschied in den direkten Effekten

ist mit 0,06 für 1991 und 0,07 für 1992 nur geringfügig höher. Bei dieser globalen Betrachtungsweise kann man also festhalten, daß für alte und neue Bundesländer weitgehend übereinstimmende und stabile Muster der Bestimmung der aktuellen Sympathie gegenüber den politischen Parteien durch ideologische Orientierungen, Parteieneigungen, Einstellungen zu politischen Sachthemen und Bewertungen von Politikern ermittelt werden.

Trotz der insgesamt hohen Strukturkonstanz beim Vergleich zwischen beiden Landesteilen und über die Zeit hinweg gibt es dennoch einige größere Abweichungen in der Stärke der direkten Effekte, die vor allem zwischen alten und neuen Bundesländern und weniger als Veränderungen zwischen Erhebungszeitpunkten anfallen. Man kann solche Unterschiede in der Teiltabelle 6.2. zeilenweise (Beziehungen zwischen je zwei Variablen) oder spaltenweise (nach Parteien) zusammenfassen. Bei zeilenweiser Betrachtung ergibt sich folgendes: Erstens ist der direkte Effekt der ideologischen Orientierung auf die Issuedistanzen zu SPD und Grünen in den alten Bundesländern viel stärker als in den neuen. Gleiches gilt für den Einfluß der Parteieneigungen auf die Issuedistanz zu den Grünen. In Ostdeutschland hat der direkte Effekt einer Identifikation mit der Union auf die Distanz zu dieser Partei in den Sachfragen von 1991 nach 1992 stark zugenommen. Die Unterschiede der direkten Effekte auf die Beurteilungen der Kandidaten zwischen Ost und West und den einzelnen Zeitpunkten sind insgesamt sehr niedrig; die einzige Ausnahme ist der in den alten Bundesländern deutlich stärkere Einfluß von Issuedistanzen zur SPD auf die Bewertung ihrer Politiker. Im untersten Block der direkten Effekte auf die Sympathieeinstufungen der Parteien tauchen stärkere Differenzen zwischen beiden Landesteilen praktisch nur bei der SPD und den Grünen auf. Bei der SPD hat die ideologische Orientierung wiederum im Westen viel stärkere Auswirkungen als im Osten, und 1992 ist auch der Kandidateneffekt im Westen sehr viel höher als in den neuen Ländern. In Ostdeutschland wirkt sich die Parteieneigung stärker auf die aktuelle Parteisympathie für die Grünen aus als im Westen, während es sich bei den Issuedistanzen genau umgekehrt verhält. Spaltenweise erkennt man in den direkten Effekten auf die Sympathie für Unionsparteien und FDP fast gar keine Unterschiede zwischen Ost und West; sie sind bei SPD und Grünen konzentriert (s. auch Abbildung 2).

Abbildung 2: LISREL-Schätzung der direkten Effekte 1991



Die jeweils oberen Werte beziehen sich auf Westdeutschland, die jeweils unteren auf Ostdeutschland. Alle Koeffizienten wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimalkomma zu vermeiden. Die Koeffizienten werden in folgender Reihenfolge der Parteien aufgeführt: CDU-CSU/SPD/FDP/Grüne/PDS

Für die PDS schließlich ist ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland nicht möglich. Alle direkten Effekte auf die Sympathieeinstufung dieser Partei sind zwischen 1991 und 1992 sehr stabil und in ihren Größenordnungen mit den anderen Parteien völlig vergleichbar.

Die in der Teiltabelle 6.3. wiedergegebenen Gesamteffekte erfassen neben den direkten Effekten auch die indirekten, also z.B. Auswirkungen der Issuedistanzen auf die Parteisympathien, die über die Kandidatenbewertungen vermittelt sind. Auch hier erkennt man wenige systematische Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Legt man als Kriterium an, daß diese Gesamteffekte im Osten und im Westen stets *mindestens* um ungefähr 0,1 voneinander abweichen müssen, um von einer deutlichen Differenz zu sprechen, gibt es bei den Auswirkungen der ideologischen Orientierungen und der Parteieneigungen auf die Bewertung der Politiker solche Unterschiede gar nicht und ebensowenig bei den Gesamteffekten der Parteieneigungen auf die aktuellen Parteisympathien. Stärkere Unterschiede zwischen beiden Landesteilen findet man bei den Gesamteffekten der ideologischen Orientierung auf die Sympathieeinstufungen der SPD und der Grünen vor. In Westdeutschland hängen sie stärker von der Links-Rechts-Selbsteinstufung ab als in Ostdeutschland, was auf die im Westen stärkere ideologische Polarisierung der Identifikationen mit und der Issuedistanzen zu diesen Parteien zurückzuführen ist. Ferner hat die Issuedistanz (vor allem 1992) in Westdeutschland einen höheren Gesamteffekt als in Ostdeutschland auf die Sympathie gegenüber der FDP, was sich ebenfalls anhand der direkten Effekte leicht nachvollziehen läßt. Der gleichgerichtete Unterschied bei den Grünen ist zwar deutlich ausgeprägt, vor allem aber darauf zurückzuführen, daß in Ostdeutschland weder 1991 noch 1992 Politiker der Grünen zur Bewertung vorgelegt wurden, so daß ein zusätzlicher indirekter Effekt der Issuedistanzen über die Kandidatenbewertungen dort nicht geschätzt werden kann.

Betrachtet man diese Schätzergebnisse nochmals zusammenfassend unter der Fragestellung nach zwischen alten und neuen Bundesländern systematisch unterschiedlichen Bestimmungsfaktoren der aktuellen Parteisympathien, dann erkennt man, daß die Differenzierung der Befunde zwischen den einzelnen Parteien viel ausgeprägter ist als zwischen den beiden Landesteilen. Im Osten wie im Westen ist für die Sympathie gegenüber den Unionsparteien die Kandidatenbewertung mit Abstand am wichtigsten, gefolgt von der Parteieneigung und schließlich ideologischer Orientierung und Issue-

distanz. Auf die Sympathieeinstufung der SPD wirken Parteineigungen und Kandidatenbewertungen in alten und neuen Bundesländern in umgekehrter Reihenfolge, was wohl auf die (im Vergleich zum Spitzenkandidaten der Union) geringere Profilierung des Führungspersonals der SPD in Ostdeutschland zurückgehen dürfte. Für die Sympathie gegenüber der FDP sind wiederum in beiden Landesteilen Bewertungen ihrer Spitzenpolitiker am wichtigsten, die ideologische Orientierung am unwichtigsten. Sympathiebewertungen der Grünen hängen ebenfalls stark von der Einschätzung ihres Führungspersonals ab (wenn diese gemessen wurde), ferner deutlich von der ideologischen Orientierung und im Osten stärker von der längerfristigen Parteineigung, im Westen stärker von der Sachfragenorientierung. Für die Sympathieeinstufung der PDS haben in Ostdeutschland die Bewertung des Parteivorsitzenden und die Ideologie das größte Gewicht, während Orientierungen an politischen Sachthemen das Schlußlicht bilden. Generell gilt, daß in den alten Bundesländern die ideologische Orientierung stärker als in Ostdeutschland auf die Sympathie gegenüber den Parteien durchschlägt. Längerfristige Parteineigungen haben ganz ähnliche Effekte, nur auf die Sympathieeinstufung der Grünen sind sie im Osten stärker als im Westen. Wenn Issuedistanzen sich irgendwo stärker auswirken, dann in Westdeutschland - und zwar besonders auf die Sympathie gegenüber der FDP und den Grünen. Die Kandidateneffekte sind schließlich in beiden Landesteilen sehr stark und weitgehend identisch, nur bei der SPD sind sie in den alten Ländern noch etwas deutlicher ausgeprägt.

Dies bestätigt für Westdeutschland immer wieder reproduzierte Befunde, wonach die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für Unionsparteien und SPD tendenziell stärker durch längerfristige Parteineigungen und Bewertungen der Spitzenkandidaten bestimmt wird, während die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für FDP und Grüne stärker als für die großen Parteien auch von Sachfragenorientierungen beeinflusst wird (z.B. KLINGEMANN 1977; JAGODZINSKI 1990). Aktuelle Präferenzen für diese kleineren Parteien können noch am ehesten als durch "rationale" Kalkulationen angeleitet betrachtet werden. In Ostdeutschland liegen, wenn überhaupt bemerkenswerte Unterschiede bestehen, die Effekte *aller* Erklärungsvariablen eher niedriger als in Westdeutschland. Vor allem die im alten Bundesgebiet stärkere Determinierung der Sympathien für die kleineren Parteien FDP und Grüne durch Sachfragenorientierungen läßt sich in Ostdeutschland (noch) nicht beobachten. Was man definitiv *nicht* feststellen kann, ist eine Differenzierung zwischen dem westdeutschen und dem ostdeutschen Teilelektorat dergestalt, daß die Parteisympathien des ersteren stärker durch

längerfristige Parteieneigungen und des letzteren wesentlich deutlicher durch Einstellungen zu Sachfragen determiniert werden. Bei größter Vereinfachung kann man vielmehr sagen, daß längerfristige Parteibindungen und Kandidatenorientierungen über alle Parteien hinweg in beiden Landesteilen ungefähr gleiche Auswirkungen auf die Sympathieeinstufungen der Parteien haben, während die Auswirkungen von Ideologie und Issueorientierungen im Osten eher geringer ausgeprägt sind als in Westdeutschland.

Die Statistiken zur Modellanpassung und zur Erklärungsleistung des Kausalmodells der Abbildung 1 für die einzelnen endogenen Variablen (Teiltabellen 6.4. und 6.5.) zeigen schließlich einerseits eine gute Übereinstimmung mit den Daten, machen andererseits aber auch deutlich, daß die Erklärungsleistung des Modells in den meisten Fällen für Ostdeutschland geringer ausfällt als für Westdeutschland, was natürlich vor allem an den geringeren Einflüssen der Ideologie und der Issueorientierungen liegt. Besonders bei den Sympathieeinstufungen der Parteien fällt auf, daß diejenigen für die Regierungsparteien in Ostdeutschland nur geringfügig weniger gut erklärt werden als im Westen, während der Abstand bei SPD und Grünen viel deutlicher ausfällt. Bei den letzteren ist die hohe Ost-West-Differenz in der Erklärungsleistung des Modells für 1991 allerdings vor allem darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahr Bewertungen grüner Politiker zwar in den alten Bundesländern erhoben wurden, nicht aber in den neuen. Aufgrund der sehr starken Effekte der Kandidatenbewertungen auf die Sympathieeinstufungen der Unionsparteien überrascht es schließlich nicht, daß letztere in beiden Landesteilen durch das Modell am besten erklärt werden.

7. Ein Kausalmodell für die Sympathie gegenüber den politischen Parteien im Längsschnitt

Die bisherigen Analysen haben das Potential, das die Datenbasis als Wiederholungsbefragung bietet, noch nicht voll ausgenutzt. Mit diesem Datenmaterial kann unser Kausalmodell auch im Längsschnitt geschätzt, also ermittelt werden, wie die Ausprägungen der einzelnen Variablen von Einstellungen zum gleichen Zeitpunkt und bei vorangehenden Erhebungen abhängen. Da in Ostdeutschland die erste Befragung 1991 stattfand, beschränken wir diese Analyse auf 1991 und 1992. Unser Kausalmodell sieht wieder wie Abbildung 1 aus - mit dem Unterschied, daß alle fünf

Variablen des Modells uns nun für *zwei* Zeitpunkte zur Verfügung stehen. Die letzte Variable in der Kausalkette ist die Sympathieeinstufung der jeweiligen Partei 1992, die von allen anderen neun Variablen gleichzeitig oder zeitverzögert abhängen kann. Die einzige kleinere Modifikation gegenüber dem Modell der Abbildung 1 ist, daß wir auch die simultane Kausalbeziehung zwischen ideologischer Orientierung und Parteineigung schätzen, um ein vollständig rekursives Modell zu erhalten. Dabei wird für die Richtung der Kausalität ein Effekt der ideologischen Orientierung auf die Parteineigungen angenommen. Die einzige exogene Variable dieses Modells ist damit die Links-Rechts-Selbsteinstufung des Jahres 1991. Geschätzt wird somit eine vollständige Halbmatrix aller direkten Effekte. Die ideologische Orientierung 1991 kann darin Auswirkungen auf alle anderen neun Variablen haben, die Sympathieeinstufung der jeweiligen Partei im Jahre 1992 kann entsprechend der Abbildung 1 durch vier simultan erhobene und fünf vor einem Jahr gemessene Variablen beeinflusst werden. Nach einem ersten Schätzdurchlauf wurden alle nicht-signifikanten direkten Effekte auf Null gesetzt und unter diesen Randbedingungen nochmalige Schätzungen durchgeführt. Zur Platzersparnis werden aus den sehr umfangreichen Schätzergebnissen in Tabelle 7 nur die direkten und Gesamteffekte auf die Sympathieeinstufung der einzelnen Parteien in den Jahren 1991 und 1992 wiedergegeben.

Die direkten Effekte in der Teiltabelle 7.1. demonstrieren zum ersten einen völlig einheitlichen und hochsignifikanten direkten Effekt der Parteisympathie 1991 auf diejenige in 1992. Diese Koeffizienten messen gewissermaßen die "Selbststabilisierung" von Parteisymphathien, ihre Persistenz - oder vielleicht auch nur das Erinnerungsvermögen der Befragten. Sie geben an, in welchem Umfang den Befragten nach Ablauf eines Jahres die einzelnen Parteien allein deshalb sympathischer oder unsympathischer sind, weil sie ihnen bereits ein Jahr zuvor sympathischer oder unsympathischer waren. Zweitens bestätigen diese Schätzungen weitestgehend die reinen Querschnittsschätzungen der Tabelle 6, so daß sie ganz kurz abgehandelt werden können: Sofern Kandidatenbewertungen erhoben wurden, haben sie immer simultan die stärksten direkten Effekte auf die Sympathieeinstufungen der Parteien. Bei den beiden großen Parteien folgt an der zweiten Stelle fast stets die gleichzeitig gemessene Parteineigung, bei der FDP die Issuedistanz und bei der PDS 1991 die Ideologie, 1992 die Sachfragenorientierung. Auf die Sympathieeinstufung der Grünen haben in Westdeutschland (mit und ohne Erhebung von Kandidatenbewertungen) die Issue-

distanzen und die ideologische Orientierung starke direkte Effekte, in Ostdeutschland die ideologische Orientierung und die längerfristige Parteiengung.

Tabelle 7: Kausalmodell des Einflusses von Ideologie, Parteiidentifikation, Positionen auf Sachfragen und Kandidatenbewertungen auf die Sympathieeinstufung politischer Parteien in Ost- und Westdeutschland im Längsschnitt (LISREL-Schätzungen per Maximum Likelihood)

7.1. Direkte Effekte auf die Sympathieeinstufungen der Parteien

Effekt von	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Ideologie 1991	-15 ^c 00	-05 00	11 ^c 00	00 00	00 00	00 00	22 ^c 22 ^c	00 00	- 20 ^c	- 00
Parteiidentifikation 1991	18 ^c 23 ^c	09 ^a 00	22 ^c 23 ^c	00 00	12 ^c 15 ^c	00 00	00 22 ^c	00 00	- 19 ^c	- 00
Issuedistanz 1991	-19 ^c -19 ^c	00 00	-11 ^c -15 ^b	-07 ^a 00	-19 ^c -20 ^c	00 00	-24 ^c -12 ^a	00 00	- -14 ^c	- 00
Kandidatenbewertung 1991	50 ^c 55 ^c	00 00	53 ^c 37 ^c	00 00	51 ^c 47 ^c	00 00	48 ^c -	13 ^b -	- 47 ^c	- 00
Parteisymphathie 1991		27 ^c 25 ^c		16 ^c 23 ^c		25 ^c 28 ^c		27 ^c 24 ^c		- 22 ^c
Ideologie 1992		-11 ^b -11 ^b		13 ^c 00		00 00		19 ^c 25 ^c		- 08 ^a
Parteiidentifikation 1992		22 ^c 16 ^c		22 ^c 19 ^c		00 00		10 ^b 29 ^c		- 12 ^b
Issuedistanz 1992		-09 ^c -10 ^c		-11 ^c -15 ^c		-17 ^c 00		-27 ^c 00		- -14 ^c
Kandidatenbewertung 1992		37 ^c 45 ^c		47 ^c 40 ^c		42 ^c 39 ^c		- -		- 47 ^c

Die jeweils oberen Werte beziehen sich auf Westdeutschland, die jeweils unteren auf Ostdeutschland. Alle Koeffizienten wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimalkomma zu vermeiden. Die als 00 berichteten Koeffizienten waren in einem ersten Schätzdurchgang nicht signifikant von null verschieden und wurden auf diesen Wert festgesetzt.

-: Nicht verfügbar

a, b, c: Signifikanzniveaus wie in Tabelle 1

(Fortsetzung Tabelle 7)

7.2. Gesamteffekte auf die Sympathieeinstufungen der Parteien

Effekt von	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Ideologie 1991	-65	-59	58	50	-24	-21	51	40	-	-
	-38	-35	18	20	-16	-12	29	22	57	41
Parteiidentifikation 1991	43	35	42	34	25	13	15	14	-	-
	48	37	41	31	29	13	24	19	36	33
Issuedistanz 1991	-26	-16	-25	-11	-29	-22	-34	-26	-	-
	-35	-21	-15	-08	-33	-15	-12	-08	-28	-28
Kandidatenbewertung 1991	50	31	53	30	51	30	48	32	-	-
	55	38	37	25	47	29	-	-	47	35
Parteisympathie 1991		27		23		25		34		-
		36		28		34		24		29
Ideologie 1992		-21		28		-05		21		-
		-24		17		-09		29		24
Parteiidentifikation 1992		30		37		03		10		-
		28		29		00		29		21
Issuedistanz 1992		-14		-15		-22		-27		-
		-10		-15		00		00		-20
Kandidatenbewertung 1992		37		47		42		-		-
		45		40		39		-		47

Gesamteffekte auf Parteisympathie 1992 nach ihrer Stärke:

	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	Ost
am stärksten	I91	K92	I91	K92	K92	K92	I91	I92	K92
am zweitstärksten	K92	K91	K92	P91	K91	K91	K91	P92	I91
am drittstärksten	P91	P91	P92	P92	D92	D91	D92	I91	K91
am viertstärksten	K91	I91	P91	K91	D91	P91	D91	P91	P91
am fünftstärksten	P92	P92	K91	I91	I91	I91	I92	D91	D91

Die jeweils oberen Werte beziehen sich auf Westdeutschland, die jeweils unteren auf Ostdeutschland. Alle Koeffizienten wurden mit 100 multipliziert, um das Dezimalkomma zu vermeiden.

D91/D92: Issuedistanz 1991/1992

I91/I92: Ideologie 1991/1992

K91/K92: Kandidatenbewertung 1991/1992

P91/P92: Parteiidentifikation 1991/1992

(Fortsetzung Tabelle 7)

7.3. Quadrierte multiple Korrelationskoeffizienten für die Strukturgleichungen

	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	Ost
Parteiidentifikation 1991	0,36	0,19	0,32	0,04	0,00	0,00	0,03	0,03	0,15
Issuedistanzen 1991	0,27	0,16	0,10	0,02	0,10	0,07	0,19	0,09	0,20
Kandidatenbewertung 1991	0,47	0,35	0,49	0,28	0,21	0,18	0,25	-	0,38
Sympathieeinstufung 1991	0,72	0,61	0,65	0,31	0,40	0,39	0,54	0,15	0,63
Ideologie 1992	0,45	0,26	0,46	0,21	0,43	0,23	0,44	0,23	0,27
Parteiidentifikation 1992	0,64	0,41	0,48	0,37	0,29	0,26	0,18	0,23	0,47
Issuedistanzen 1992	0,33	0,32	0,18	0,08	0,15	0,08	0,30	0,07	0,26
Kandidatenbewertung 1992	0,54	0,38	0,47	0,38	0,30	0,27	-	-	0,54
Sympathieeinstufung 1992	0,67	0,65	0,65	0,44	0,38	0,31	0,45	0,27	0,63

7.4. Statistiken zur Modellanpassung

	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		PDS
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	Ost
N	587	325	587	325	587	325	587	325	325
Chi-Quadrat	29	25	20	20	31	38	17	15	18
Freiheitsgrade	19	19	15	26	26	29	15	15	18
Goodness of Fit Index	0,99	0,99	0,99	0,99	0,99	0,98	0,99	0,99	0,99
Adjusted Goodness of Fit Index	0,97	0,96	0,98	0,97	0,98	0,96	0,98	0,97	0,97
Wurzel des mittleren quadrierten Residuums	0,025	0,039	0,016	0,029	0,033	0,058	0,021	0,039	0,025
Determinationskoeffizient für die Strukturgleichungen	0,61	0,33	0,57	0,25	0,50	0,23	0,52	0,26	0,42

Während die Querschnittsbefunde zwischen den Tabellen 6 und 7 natürlich weitestgehend miteinander übereinstimmen *müssen*, läßt die dynamische Schätzung des Modells in den Gesamteffekten auf die Sympathiebewertung der einzelnen Parteien 1992 zum Teil deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen den einzelnen Parteien zu Tage treten (Teiltabelle 7.2.). Logischerweise müssen sie auf verschiedenartige Zusammenhänge zwischen den Beobachtungen der beiden Untersuchungsjahre zurückgehen. Wo immer gleichzeitige Kandidatenbewertungen erhoben wurden (also mit Ausnahme der Grünen), haben diese den stärksten Gesamteffekt auf die Sympathie gegenüber den Parteien in Ostdeutschland im Jahre 1992. In Westdeutschland dagegen rangiert an der Spitze der Gesamteffekte (mit Ausnahme der FDP) immer die ideologische Orientierung von vor einem Jahr. Bei den beiden großen Parteien sind die jeweils stärksten fünf Gesamteffekte auf ihre Sympathie-

einstufung 1992 in Ost und West völlig identisch (Kandidatenbewertungen und Parteiidentifikationen 1991 und 1992 sowie ideologische Orientierung 1991), dabei ist aber eine charakteristische Differenzierung der Reihenfolge der Stärke dieser Effekte feststellbar: In Westdeutschland steht stets die ideologische Orientierung 1991 ganz oben, gefolgt von der aktuellen Kandidatenbewertung. Im Osten steht die letztere ganz oben, die ideologische Orientierung 1991 folgt mit einem deutlich geringeren Gesamteffekt.

In der Reihenfolge der Gesamteffekte auf die Sympathie gegenüber der FDP 1992 stehen in beiden Landesteilen die gleichzeitigen Kandidatenbewertungen an der Spitze, es folgen die entsprechenden Bewertungen von vor einem Jahr, die Übereinstimmung mit der Partei in Sachfragen, und ganz am Ende steht die ideologische Orientierung 1991. Für die Skalometerwerte der Grünen ist das Modell wiederum zwischen den beiden Landesteilen wegen der unterschiedlichen Einbeziehung von Kandidatenbewertungen nicht ganz vergleichbar. Im Westen kommt (wie bei Union und SPD) an erster Stelle die ideologische Orientierung von vor einem Jahr, im Gegensatz zu den großen Parteien folgen jedoch schon bald die Issueorientierungen. Im Osten stehen an den ersten vier Stellen nach der Reihenfolge der Gesamteffekte erst die gleichzeitige Ideologie und Parteinäigung und dann die entsprechenden Werte des Vorjahres. Für die PDS ergibt sich, wie zumeist in Ostdeutschland, daß die aktuelle Kandidatenorientierung an der Spitze der Gesamteffekte rangiert. Den Sympathieeinschätzungen der Grünen und der PDS in den neuen Bundesländern ist gemeinsam, daß sie im Vergleich zu denjenigen der FDP und der großen Parteien viel stärker auch von der ideologischen Grundhaltung abhängen.

Diese Ergebnisse kann man wie folgt zusammenfassend interpretieren: Der wichtigste Unterschied in der relativen Stärke der Determinierung von aktuellen Parteisymphathien in Ost- und Westdeutschland durch ideologische Grundhaltungen, Parteinäigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen wird nur bei dynamischer Schätzung unseres Kausalmodells deutlich, während im Querschnitt der Eindruck stabiler und in beiden Landesteilen eher sehr ähnlicher Kausalstrukturen überwiegt. Dieser Unterschied lautet, daß die Parteisymphathien insgesamt im Osten am stärksten von den gleichzeitigen Bewertungen der personellen Angebote der Parteien bestimmt werden, während im Westen die stärksten Gesamteffekte von der ideologischen

Grundorientierung des Vorjahres ausgehen. Die Sympathien für die politischen Parteien (und damit die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe) hängen somit in Westdeutschland stärker von *längerfristig stabilen* ideologischen Orientierungen ab, in Ostdeutschland eher von *kürzerfristigem* Wandel unterworfenen *situativen* Faktoren. Man sollte diesen Unterschied nicht dramatisieren, denn unsere Befunde rechtfertigen kein Schwarz-Weiß-Schema. Natürlich spielen auch im Osten die längerfristig stabilen Faktoren der ideologischen Orientierung und der Parteieneigung eine Rolle für die aktuelle Parteisympathie, aber eben eine *geringere* als in Westdeutschland. Natürlich haben auch in Westdeutschland die kurzfristigen Einstellungen, vor allem gegenüber den Kandidaten, deutliche Konsequenzen für die Sympathie gegenüber den politischen Parteien, aber eben *geringere* als in Ostdeutschland.

Daß die aktuellen Parteisymphathien in Ostdeutschland weniger stark als im Westen durch längerfristig stabile politische Einstellungen bestimmt werden und dafür stärker durch kürzerfristigen Schwankungen unterworfenen Einstellungen, ergibt angesichts des viel kürzeren Zeitraums, in dem die erstere Sorte von Einstellungen dort erworben und gefestigt werden konnte, sehr viel Sinn. Dieser Befund erklärt ferner bestens die in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten (noch) *deutlich geringere* Stabilität der Wahlabsichten (vgl. Tabelle 3). Schließlich erlaubt dieses Ergebnis auch einen abschließenden Kommentar zu der relativen Bedeutung von Parteieneigungen und "Wählerrationalität" in beiden Teilen Deutschlands. Zutreffend ist, daß längerfristige Parteieneigungen in den neuen Ländern noch nicht so verfestigt sind wie in Westdeutschland und deshalb weniger stark auf aktuelle Parteisymphathien durchschlagen. Zutreffend ist auch, daß die relativen Gewichte zwischen längerfristig stabilen und situativen Einflußfaktoren auf die Parteisymphathien im Westen eher zugunsten der ersteren und im Osten zugunsten der letzteren verteilt sind. *Nicht* zutreffend ist jedoch, daß dies gleichbedeutend ist mit einer weiteren Verbreitung des Idealtyps des "rationalen", issueorientierten Wählers in den neuen Ländern. Es mag sein, daß die Volkskammerwahl 1990 ein reines Referendum über die Frage der deutschen Vereinigung und ihr Tempo war. Wie dem auch gewesen sein mag, unsere Daten aus den ersten eineinhalb Jahren nach der deutschen Vereinigung zeigen, daß sie die Etablierung eines dauerhaft vor allem an politischen Sachthemen ausgerichteten Elektorats nicht bewirkt hat. Zwar sind die Sympathien gegenüber den Parteien in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland von situativen Faktoren und weniger stark von längerfristig stabilen politischen Einstellungen abhängig. Unter den situativen Erklä-

rungsgrößen sind aber im Osten die Kandidatenorientierungen eher noch wichtiger als im Westen, während in den alten Bundesländern die Sachthemenorientierungen stärkere Auswirkungen haben als in den neuen.

Mit unserer Datenbasis einer Wiederholungsbefragung können wir nicht nur untersuchen, wie die aktuellen Parteisympathien von anderen gleichzeitigen und früheren politischen Einstellungen abhängen, sondern können auch nach den Determinanten von Veränderungen der den Parteien entgegengebrachten Sympathien fragen. Zur abschließenden Beantwortung dieser Frage wurden die fünf Variablen der Abbildung 1 jeweils in Differenzen zwischen erstem und zweitem Beobachtungszeitpunkt transformiert. Vor Berechnung dieser Differenzen wurden die Einschätzungen der Politiker der jeweiligen Parteien durch arithmetische Mittelwertbildung zu einem einzigen Wert zusammengefaßt. Aus Platzgründen werden in Tabelle 8 nicht die Ergebnisse der Schätzung eines Kausalmodells präsentiert, sondern lediglich von multiplen Regressionsanalysen.

Wie schon Tabelle 6 im Querschnitt charakterisiert auch Tabelle 8 ein in neuen und alten Bundesländern weitgehend einheitliches Elektorat. Die Ost-West-Unterschiede treten hinter den in beiden Landesteilen parallel beobachtbaren Abweichungen zwischen den einzelnen Parteien weit zurück. Wenn immer Meßwerte zur Beurteilung von Politikern zur Verfügung standen, waren deren Veränderungen über die Zeit hinweg der mit Abstand gewichtigste Einflußfaktor auf Verschiebungen der Sympathie gegenüber den Parteien. In der Reihenfolge der Stärke der Effekte folgen für die Union und für die SPD in Westdeutschland Veränderungen der Parteineigung, der Issuedistanzen und schließlich der ideologischen Orientierung, in Ostdeutschland sind bei der SPD nur noch diejenigen der Issuedistanzen signifikant. Für die Verschiebungen der Sympathiewerte der FDP spielen in beiden Landesteilen neben den Kandidatenorientierungen praktisch nur die Issuedistanzen eine Rolle. Der einzige wirklich deutliche Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern ist bei der Sympathie für die Grünen erkennbar: Ihre Bewegungen hängen in Ost und West gleichermaßen mit Verschiebungen der Parteibindungen und der ideologischen Grundorientierungen zusammen, in Westdeutschland existiert darüberhinaus aber auch ein starker signifikanter Einfluß der Veränderung der Übereinstimmung in den Sachfragen, der in den neuen Bundesländern völlig fehlt. Für Veränderungen der Bewertung der PDS in Ostdeutschland schließlich spielen Parteibindungen gar keine Rolle, wohl aber solche

der ideologischen und der Sachfragenorientierungen. Diese einfachen Regressionsmodelle erklären in Westdeutschland wiederum stets einen etwas höheren Anteil der Varianz in den Veränderungen der Parteisympathien. Am stärksten ist die Erklärungsleistung für Unionsparteien, SPD und PDS, etwas schwächer für FDP und Grüne (wobei die sehr niedrigen Werte für die Verschiebungen zwischen 1991 und 1992 auf das Fehlen von Kandidatenbewertungen zurückzuführen sind).

Tabelle 8: Regression von Veränderungen der Sympathieeinstufung von Parteien auf Veränderungen von Parteiidentifikation, Ideologie, Issuedistanz von Parteien und Kandidatenbewertungen

Abhängige Variable: Veränderung der			Betakoeffizient der Veränderung von				R ²	N
	Jahre	Ost/ West	Partei-identifikation	Ideologie	Issue-distanz	Kandidatenbewertung		
Sympathie-einstufung der CDU/CSU	1990/91	West	0,19 ^c	-0,14 ^c	-0,13 ^c	0,43 ^c	0,383	707
	1991/92	West	0,17 ^c	-0,05	-0,08	0,44 ^c	0,307	421
	1991/92	Ost	0,17 ^b	-0,03	-0,13 ^a	0,43 ^c	0,293	243
Sympathie-einstufung der SPD	1990/91	West	0,20 ^c	0,15 ^c	-0,14 ^c	0,37 ^c	0,354	698
	1991/92	West	0,20 ^c	0,13 ^b	-0,16 ^c	0,40 ^c	0,366	434
	1991/92	Ost	0,11	0,10	-0,17 ^b	0,35 ^c	0,238	243
Sympathie-einstufung der FDP	1990/91	West	0,09 ^b	0,04	-0,21 ^c	0,35 ^c	0,211	737
	1991/92	West	0,07	0,06	-0,13 ^b	0,36 ^c	0,162	461
	1991/92	Ost	0,06	-0,06	-0,13 ^a	0,31 ^c	0,142	254
Sympathie-einstufung der Grünen	1990/91	West	0,12 ^c	0,13 ^c	-0,12 ^c	0,34 ^c	0,197	731
	1991/92	West	0,12 ^a	0,16 ^c	-0,21 ^c	-	0,098	455
	1991/92	Ost	0,18 ^b	0,20 ^c	-0,02	-	0,082	265
Sympathie-einstufung der PDS	1991/92	Ost	0,05	0,23 ^c	-0,19 ^b	0,35 ^c	0,300	223

In diese Regressionsanalysen wurden nur diejenigen Befragten einbezogen, die ihre Sympathieeinstufung der jeweiligen Partei zwischen den beiden Zeitpunkten verändert hatten.

a, b, c: Signifikanzniveaus wie in Tabelle 1

Kurzfristige Veränderungen der Parteisympathien sollten vor allem durch solche Einstellungen erklärt werden, die selbst über relativ kurze Zeiträume stärkeren Fluktuationen unterworfen sein können. Dies sind natürlich vor allem die Bewertungen von Spitzenpolitikern und Einstellungen zu politischen Sachfragen, während Parteibindungen und grundsätzliche ideologische Orientierungen sich weniger rasch verändern, also zur Erklärung von Verschiebungen der aktuellen Parteisympathie nicht so

viel beitragen können sollten. Mit dem herausragenden Effekt von Veränderungen der Kandidatenbewertungen wird dieser Erwartung weitgehend entsprochen; auf sie geht der größte Anteil der in den Fluktuationen der Parteisympathien erklärten Varianz zurück. Weniger entspricht dieser Erwartung, daß die Effekte von Veränderungen der Issuedistanzen meist nur etwa in derselben Größenordnung liegen wie diejenigen von Verschiebungen der Parteibindungen oder der ideologischen Orientierung. Diese relativ geringe Bedeutung der Einstellungen zu Sachfragen für Umbewertungen von Parteien ist jedoch in beiden Landesteilen *gleichermaßen* gegeben. Für den hier abgedeckten Zeitraum können wir somit nur konstatieren, daß bei Veränderungen der Parteisympathien in den alten wie in den neuen Bundesländern Verlagerungen der Einschätzungen der Spitzenpolitiker eine sehr große und solche der übrigen einbezogenen Einstellungen damit verglichen nur eine relativ bescheidene Rolle spielten.

8. Abschließende Bemerkungen

Monokausale Erklärungen und Schwarz-Weiß-Schematisierungen tragen bei der Erforschung von Wahlverhalten und politischen Einstellungen meist nicht sehr weit. Das berühmte Glas Wasser ist eben in der Regel nicht dort voll und dort leer, sondern nur verschiedenorts und zu verschiedenen Zeiten mehr oder weniger voll. Ob die erste und letzte freie Volkskammerwahl in der ehemaligen DDR wirklich ein reines Referendum über die deutsche Vereinigung war, ob das damalige Wahlverhalten wirklich allein durch die Einstellungen zu dieser Frage bestimmt wurde, ist und bleibt eine interessante Frage. Die hier vorgelegten Befunde geben jedoch zu einiger Skepsis Anlaß.

Nach diesen Ergebnissen sieht es gar nicht so aus, als hätten wir in den neuen Bundesländern ein Teilelektorat, das halbwegs stabile Bindungen an die politischen Parteien kaum kennt und seine politischen Präferenzen vorwiegend an Sachfragen ausrichtet. Vielmehr kann man schon in den eineinhalb Jahren nach der Vereinigung von einem starken Trend zu einer vereinigten Wählerschaft im vereinigten Deutschland sprechen. Das gilt nicht immer für inhaltliche Positionen und die Niveaus bestimmter Einstellungen, wohl aber für die Struktur der Beziehungen zwischen verschiedenen Komplexen von politischen Attitüden.

Natürlich sind noch Unterschiede feststellbar. Parteineigungen in Ostdeutschland sind noch weniger lebenszyklisch und durch Wahlerfahrung gefestigt und weniger stabil als in den alten Bundesländern. Dort, wo sie es aber schon sind, haben sie praktisch die gleichen Auswirkungen wie im Westen. Insgesamt überwiegen die Gemeinsamkeiten die Verschiedenheiten. Das bedeutet, daß Begriffsapparate und theoretische Modelle der Wahl- und Einstellungsforschung auch in den neuen Bundesländern sinnvoll und fruchtbar angewandt werden können. Gerade dadurch wird es möglich, die fortbestehenden Unterschiede und Angleichungsprozesse in beiden Richtungen präziser zu erfassen.

Wenn hier von einem Überwiegen der Gemeinsamkeiten über die Unterschiede die Rede ist, gilt das natürlich nur für den untersuchten (kleinen) Realitätsausschnitt, also ideologische Grundorientierungen, die Einstellungen zu Parteien, Kandidaten und Sachfragen sowie vor allem für die dazwischen bestehenden Zusammenhänge. Über innerdeutsche Ost-West-Vergleiche der Orientierungen gegenüber der politischen Gemeinschaft, dem Regime, staatlichen Institutionen und ihren Leistungen, der eigenen Mitwirkung am politischen Prozeß usw. und der Determinanten und Konsequenzen solcher Einstellungen ist damit gar nichts gesagt. Hier können die fortbestehenden Unterschiede zwischen beiden Landesteilen größer sein - oder auch noch geringer. Schließlich und endlich ist unser Untersuchungszeitraum noch sehr kurz. In der "alten" Bundesrepublik wurden Kontroversen um die Anwendbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation noch über 20 Jahre nach ihrer Gründung geführt; bis es allgemein akzeptiert war, daß die Zustimmung zur demokratischen politischen Ordnung nicht mehr ausschließlich wohlstandsabhängig ist, dauerte es fast noch länger. Daraus folgt, daß die Fragestellung dieses Aufsatzes im Zusammenhang mit den eben aufgelisteten in langfristiger Perspektive weitergeführt werden muß, am besten und im Idealfall im Rahmen von über sehr lange Zeitspannen konzipierten Panel-Erhebungen in beiden Teilen Deutschlands. Für die empirische Wahl- und Einstellungsforschung ist die weitere Begleitung des Prozesses der deutschen Vereinigung eine große und spannende Herausforderung.

Literatur

- BERGER, Manfred 1973: Parteiidentifikation in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 14, S. 215-225.
- BERGER, Manfred 1977: Stabilität und Intensität von Parteineigungen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18, S. 501-509.
- BLUCK, Carsten/KREIKENBOM, Henry 1991: Die Wähler in der DDR: Nur issueorientiert oder auch parteigebunden? in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 22, S. 495-502.
- CAMPBELL, Angus/CONVERSE, Philip E./MILLER, Warren E./ STOKES, Donald E. 1960: *The American Voter*, New York.
- FALTER, Jürgen W. 1977: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18, S. 476-500.
- GIBOWSKI, Wolfgang G. 1977: Die Bedeutung der Links-Rechts-Dimension als Bezugsrahmen für politische Präferenzen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18, S. 600-626.
- GIBOWSKI, Wolfgang G. et al. 1990: Demokratischer (Neu-) Beginn in der DDR: Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21, S. 5-22.
- GIBOWSKI, Wolfgang G./KAASE, Max 1991: Auf dem Weg zum politischen Alltag: Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, S. 3-20.
- GLUCHOWSKI, Peter 1978: Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, in: OBERNDÖRFER, Dieter (Hg.): *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin, S. 265-323.
- GLUCHOWSKI, Peter 1983: Wählerfahrung und Parteiidentifikation: Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik, in: KAASE, Max/ KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): *Wahlen und politisches System*, Opladen, S. 442-477.
- JAGODZINSKI, Wolfgang/KÜHNEL, Steffen M. 1990: Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: SCHMITT, Karl (Hg.): *Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen*, Frankfurt, S. 5-64.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter/TAYLOR, Charles L. 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18, S. 301-347.
- NIEMI, Richard G./JENNINGS, M. Kent 1991: Issues and Inheritance in the Formation of Party Identification, in: *American Journal of Political Science*, 35, S. 970-988.

-
- NORPOTH, Helmut 1978: Party Identification in West Germany, in: *Comparative Political Studies*, 11, S. 36-61.
- PAPPI, Franz Urban 1983: Die Links-Rechts-Dimension des deutschen Parteiensystems und die Parteipräferenz-Profile der Wählerschaft, in: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): *Wahlen und politisches System*, Opladen, S. 422-441.
- RATTINGER, Hans 1993: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, S. 24-35
- ROTH, Dieter 1990: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR: Der Versuch einer Erklärung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 31, S. 369-393.
- STOKES, Donald E. 1963: Spatial Models of Party Competition, in: *American Political Science Review*, 57, S. 368-377.